

## **Beschluss (vorläufig) D – Was Freiheit schützt**

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 26.11.2023  
Tagesordnungspunkt: EP-FH Was Freiheit schützt

### **Antragstext**

- 1 Die Europäische Union (EU) ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und der  
Demokratie. Die
- 2 Europäer\*innen haben sie auf den Ruinen von Krieg und Unterdrückung errichtet.  
Heute
- 3 garantiert sie, dass wir ohne Grenzkontrollen reisen können, wo uns früher  
Stacheldraht,
- 4 Mauern und Schlagbäume trennten. Sie sorgt dafür, dass Meinungsfreiheit gilt, wo  
noch vor
- 5 wenigen Jahrzehnten Diktatoren herrschten. Sie schützt den Rechtsstaat. Sie  
garantiert, dass
- 6 alle Bürger\*innen der EU ihre Regierungen frei wählen können – von der  
Gemeindeebene bis
- 7 nach Brüssel.
- 8 Das Europa, das wir weiter prägen wollen, bietet Sicherheit und Schutz, führt  
zusammen und
- 9 bindet ein. Unterschiede nämlich nicht nur auszuhalten, sondern als Chance zu  
begreifen;
- 10 Brücken zu bauen über Grenzen und Gräben hinweg; das verbindende Element zu  
suchen, statt
- 11 das Trennende tatenlos hinzunehmen: Nichts anderes ist Gründungsgedanke der EU.  
Sicherheit und Schutz aber brauchen Organe, die sie schaffen und erhalten. Sie wollen
- 12 wir  
13 stärken. Extremismus, Desinformation und Kriminalität machen vor nationalen  
Grenzen nicht
- 14 Halt, im Gegenteil: Gerade in den vergangenen Jahren haben wir erlebt, wie autoritäre  
15 Staaten unsere freie Gesellschaft angreifen. Die EU ist in der Verantwortung, durch  
16 Koordination und starke eigene Institutionen den Schutz zu bieten, den die  
Bürger\*innen zu
- 17 Recht erwarten – zumal diese Erlebbarkeit von Sicherheit und staatlicher  
Verlässlichkeit das
- 18 Vertrauen in den demokratischen Staatenverbund der EU unmittelbar steigert.
- 19 Die Entwicklung der EU ist eine Entwicklung zu einem immer engeren Bündnis. Das ist  
gut,
- 20 denn wir brauchen das Gewicht und die Fähigkeiten der EU, um viele der drängenden  
Probleme
- 21 unserer Zeit zu lösen. Wie wir das tun, müssen wir in einem demokratischen Prozess  
22 bestimmen. Im Zentrum davon steht das Europäische Parlament, dessen Rechte wir  
erweitern
- 23 wollen. So schaffen wir die Grundlage für eine föderale europäische Republik mit einer  
24 eigenen Verfassung. Auch wenn Entscheidungsprozesse in Europa zuweilen mühsam  
und langwierig

25 sind, so stellen sie doch einen großen Wert da: Mit der Kraft des Wortes und der  
Diskussion  
26 steht am Ende oft ein Kompromiss, der zwar nicht jede und jeden vollends  
zufriedenstellt,  
27 aber alle weiterbringt. Dafür stehen wir ein.

28 Denn der Zuwachs an Freiheit, Sicherheit und Demokratie, für den die europäische  
Einigung  
29 seit dem Zweiten Weltkrieg gesorgt hat, gehört zu den größten politischen Erfolgen  
der  
30 Weltgeschichte. Nicht ohne Grund ist die EU das Zielobjekt von Extremist\*innen aller  
Art:  
31 Wer meint, dass Frauen nicht die gleichen Rechte haben sollten wie Männer, wer freie  
Medien  
32 mundtot machen will, wer seine Interessen durch Desinformation und Hetze  
durchsetzen will –  
33 für den ist die EU ein Dorn im Auge.

34 Wir wollen die EU in ihrer Fähigkeit stärken, die Rechte und Freiheiten derer zu  
schützen,  
35 die hier leben. Unser Credo: Wir schützen unsere Freiheit am besten, wenn wir sie  
ausbauen.

36 Wir wollen die europäische Demokratie stärken, damit die besten Ideen in einen fairen  
Wettstreit um die Zukunft unseres Kontinents treten können. Wir wollen die  
37 Rechtsstaatlichkeit ausbauen, die allen Bürger\*innen Sicherheit und gleiche Rechte  
bietet.  
38

39 Wir wollen eine EU, die für ihre Bürger\*innen arbeitet. Wir wollen, dass diese über das  
40 Europäische Parlament noch klarer den Kurs mitbestimmen können. Und wir wollen,  
dass die EU  
41 auch im Inneren, etwa gegenüber Regierungen wie der ungarischen von Viktor Orbán,  
die nötige  
42 Durchsetzungskraft beweist: Wer gegen die Grundwerte der EU verstößt, sollte nicht  
gleichzeitig uneingeschränkt von ihren Privilegien profitieren können.  
43

44 Die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe aller ist einer dieser Grundwerte – und  
eine  
45 Grundvoraussetzung für unseren Zusammenhalt. Das gilt nicht zuletzt für die Rechte  
von  
46 Frauen. Solange die Hälfte der Bevölkerung in vielen Lebensbereichen benachteiligt  
ist,  
47 solange ist unsere Demokratie nicht vollständig. Und auch solange trans, inter und  
48 nichtbinäre Menschen diskriminiert werden, können noch nicht alle gleichberechtigt  
49 teilhaben. Autoritäre Kräfte innerhalb und außerhalb Europas stellen unseren  
Zusammenhalt  
50 indes infrage, indem sie einzelne Gruppen zum Feindbild erklären. Das schwächt uns  
alle und  
51 droht unseren Kontinent zu spalten. Dem treten wir entschieden entgegen. Ein  
vielfältiges  
52 Europa ist ein starkes Europa: Es sorgt dafür, dass alle beitragen und teilhaben  
können. Wir  
53 stehen fest an der Seite all jener, die ausgegrenzt und diskriminiert werden. Und weil  
wir  
54 die EU als Vorreiterin einer wertegeleiteten Digitalisierung sehen, wollen wir

Demokratie  
55 und Rechtsstaatlichkeit auch im Netz sichern.  
56 Die EU ist stark, wenn sie im Kern ein Wertebündnis ist. Diese Werte müssen dabei  
57 glaubwürdig gelebt werden. Das gilt nicht zuletzt im Umgang mit Menschen, die nach  
Europa  
58 kommen wollen – oder müssen. Das Sterben im Mittelmeer und die Lage an den  
europäischen  
59 Außengrenzen sind unhaltbar. Wir stehen für Humanität und Ordnung im Umgang mit  
60 Geflüchteten. Wir wollen Schutz bieten für Menschen, die vor Krieg und politischer  
61 Verfolgung fliehen müssen. Wir wollen Einwanderung so gestalten, dass diejenigen, die  
als  
62 Informatikerinnen oder Krankenpfleger, als Studentinnen oder Erntehelfer zum Erfolg  
unserer  
63 Gemeinschaft beitragen wollen, diesen Beitrag auch leisten können. Migration ist nicht  
nur  
64 Triebfeder für Fortschritt, sie ist auch eine Kraftanstrengung. Menschen kommen nach  
Europa  
65 mit unterschiedlichen Perspektiven, Erfahrungen und Gesellschaftsbildern. Wir wollen  
uns  
66 dieser großen Herausforderung politisch stellen. Damit das gelingt, braucht es die  
67 Bereitschaft, gemeinsam Einwanderungsgesellschaften auf Grundlage europäischer  
68 Wertvorstellungen zu gestalten. Das gilt für die Menschen, die hier leben, ebenso wie  
für  
69 diejenigen, die nach Europa kommen und teilweise völlig andere Wertvorstellungen  
haben.  
70 In Vielfalt geeint, so lautet das Motto der EU. Gemeinschaft soll sie sein, Gemeinschaft  
71 soll sie bleiben – über alle Unterschiede und Herausforderungen hinweg. Wir setzen  
uns ein  
72 für eine EU, die sich als Motor für ein immer engeres Zusammenwachsen unseres  
Kontinents  
73 versteht. Für einen Kontinent, in dem die Menschen in Freiheit und unter  
demokratischen  
74 Werten sicher leben. Für eine EU, die ein Zuhause bietet und sich nicht abschottet.  
Dieses  
75 Europa wollen wir sein.

## 76 **1. Demokratische Institutionen**

### 77 **Rechtsstaatlichkeit verteidigen**

78 Die Achtung von Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und  
Rechtsstaatlichkeit  
79 einschließlich der Rechte von Minderheiten bilden das Fundament der EU. Wenn  
Regierungen in  
80 Mitgliedstaaten diese Wertebasis systematisch aushöhlen, indem sie die  
Unabhängigkeit der  
81 Justiz – die erste Wächterin des Rechtsstaats – aushebeln, Freiräume der Opposition  
und  
82 Zivilgesellschaft beschneiden, freie Medien bekämpfen, Frauen-, Minderheiten- und

LGBTIQ\*-  
83 Rechte einschränken, das Recht auf Asyl verweigern oder Korruption Tür und Tor  
öffnen,  
84 bereiten sie den Weg für Diskriminierung. Damit schwächen sie die EU. Deshalb ist es  
85 unverzichtbar, dass die bestehenden Rechtsstaatsinstrumente konsequenter und  
schneller  
86 genutzt und weiterentwickelt werden.

87 Die Grundrechtecharta, das Grundgesetz der EU, soll allen hier lebenden Menschen  
Schutz  
88 bieten.. Da sich ihre Anwendung auf die Durchführung von EU-Recht beschränkt, ist  
ihre  
89 Schutzwirkung bislang begrenzt. Das wollen wir ändern: Sie soll auch für rein  
nationales  
90 Handeln der Mitgliedstaaten gelten und dort einklagbar werden. Wenn eine Regierung  
die  
91 Grundrechte ihrer Bürger\*innen verletzt, soll sie dafür auch auf europäischer Ebene  
belangt  
92 werden können. Auch die Durchsetzbarkeit der Urteile des Europäischen  
93 Menschenrechtsgerichtshofs, der über die Einhaltung der Europäischen  
94 Menschenrechtskonvention wacht, wollen wir innerhalb der EU stärken.

95 Dem bestehenden Rechtsstaatscheck und dem Rechtsstaatsdialog, mit denen die Lage  
der  
96 Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten durchleuchtet wird, wollen wir mehr  
Gewicht  
97 verleihen. Wir sorgen dafür, dass besonders der Freiraum für die Zivilgesellschaft  
gezielter  
98 bemessen und geschützt wird. Um den Reformdruck zu erhöhen, setzen wir auf  
verbindliche  
99 Reformvereinbarungen zwischen der EU und den Mitgliedstaaten, die perspektivisch  
100 sanktionsbewehrt werden müssen. Öffentliche Debatten hierzu im Europäischen  
Parlament müssen  
101 zur Regel werden und in die Bewertungen einfließen. Das Rechtsstaatsverfahren nach  
Artikel  
102 7, das in einem mehrstufigen Verfahren zum Beispiel zum Entzug des Stimmrechts  
führen kann,  
103 soll wieder nutzbar gemacht werden. Das soll dadurch geschehen, dass die  
Mitgliedstaaten im  
104 Rat der EU (Ministerrat) und im Europäischen Rat in allen Phasen des Verfahrens nicht  
mehr  
105 mit Konsens, sondern mit qualifizierter Mehrheit abstimmen.

106 Die Auszahlung von EU-Mitteln soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit,  
demokratischer  
107 Prinzipien und der Grundrechte geknüpft werden. Um den Missbrauch europäischer  
Steuergelder  
108 etwa durch systematische Korruption, Günstlings- und Vetternwirtschaft zugunsten  
bestimmter  
109 Parteien wirksam zu stoppen, darf die Überprüfung nicht allein stehen bleiben. Auch  
eine  
110 wirksame Gewaltenteilung und die umfängliche Gewährung der Grundrechte sind  
entscheidend.

111 Deshalb erweitern wir den Haushaltsmechanismus auf die Einhaltung der  
112 Grundrechtecharta. Das  
113 heißt: Bei Verstößen müssen EU-Gelder anteilig und gegebenenfalls stufenweise  
114 eingefroren  
115 werden.  
116 Bei Vertragsverletzungsverfahren setzen wir auf klare Regeln und mehr Transparenz.  
117 Die  
118 Kommission wird ihrer Rolle als Hüterin der Verträge dann gerecht, wenn Recht  
119 eingehalten  
120 wird. Verspätete Durchsetzung von EU-Recht schadet allen.  
121 Für eine Stärkung unserer gemeinsamen Werte setzen wir auf eine zwischen Rat,  
122 Kommission und  
123 Europäischem Parlament besser abgestimmte, sich gegenseitig verstärkende  
124 Anwendung aller  
125 Rechtsstaatsinstrumente. Die jeweiligen Erkenntnisse führen wir zu einer  
126 gemeinsamen  
127 Bewertungsgrundlage zusammen. Um einen regelmäßigen Charta-Check zu  
128 garantieren, den alle  
129 Mitgliedstaaten akzeptieren, schaffen wir eine unabhängige Expert\*innen-Kommission,  
130 die die  
131 EU-Kommission unterstützt. Wollen Mitgliedstaaten künftig EU-Fördermittel erhalten,  
132 müssen  
133 sie sich verpflichten, mit der europäischen Staatsanwaltschaft zu kooperieren. Bei  
134 Mittelkürzungen dürfen am Ende aber nicht die Menschen in den Kommunen die  
135 Leidtragenden  
136 sein, weil sich korrupte Regierungen aus ihrer finanziellen Verantwortung stehlen und  
137 lieber  
138 mit dem Finger nach Brüssel zeigen. Daher prüfen wir, wie Kommunen direkt  
139 unterstützt werden  
140 können.

### 129 **Mehr Demokratie wagen**

130 Die Stärkung der EU muss mit ihrer weiteren Demokratisierung und mehr Bürgernähe  
131 einhergehen. Dazu wollen wir das direkt gewählte Europäische Parlament weiter  
132 stärken. Das  
133 Parlament soll dem Rat gesetzgeberisch in allen Politikfeldern gleichgestellt sein und  
134 wie  
135 jedes Parlament gleichberechtigt Gesetze beschließen, etwa in der Steuer- oder  
136 Sicherheitspolitik. Es soll ein vollwertiges Initiativrecht erhalten, damit es eigenständig  
137 Gesetze auf den Weg bringen kann. Wir wollen sein Recht ausbauen,  
138 Untersuchungsausschüsse  
139 einzuberufen und Zeug\*innen vorzuladen. Außerdem soll es die Kommission auf  
140 Vorschlag der  
141 Kommissionspräsidentin bzw. des Kommissionspräsidenten wählen und im Notfall  
142 wieder  
143 entlassen können.

139 Für mehr demokratische Legitimierung der Entscheidungen auf EU-Ebene braucht es  
mehr  
140 Transparenz im Europäischen Rat und in den Ministerräten. Die Debatten und die  
Positionen  
141 der einzelnen Mitgliedsländer sollen nachvollziehbarer gemacht werden.

142 Unsere Vision ist die Föderale Europäische Republik mit einer europäischen  
Verfassung. Das  
143 Parlament soll in einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein  
gleichberechtigter Teil  
144 der gesetzgebenden Gewalt werden.

145 Um die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen, wollen wir, dass  
alle  
146 Parteien Spitzenkandidat\*innen nominieren. Aus deren Reihen wiederum wählt das  
Europäische  
147 Parlament den nächsten Präsidenten bzw. die nächste Präsidentin der Kommission.  
Zudem sind  
148 bei der Europawahl bislang nur Kandidat\*innen aus dem jeweils eigenen Land wählbar.  
Das  
149 wollen wir im Sinne eines grenzüberschreitenden Wahlkampfs ändern. Ein Teil der  
Abgeordneten  
150 soll zukünftig nicht mehr allein über die nationalen Listen, sondern über europäische  
151 transnationale Listen bestimmt werden. Auch in den bleibenden nationalen oder  
regionalen  
152 Wahlkreisen soll die Europa-Parteizugehörigkeit nationaler Parteien klar erkennbar  
werden.

153 Wir treten außerdem dafür ein, dass das Europäische Parlament Frauen und  
unterrepräsentierte  
154 Gruppen besser abbildet.

155 Wir treten dafür ein, Wahlhürden zu senken. Wer dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt  
in der EU  
156 hat, muss sich dort auch politisch einbringen können. Unionsbürger\*innen sollen an  
ihrem  
157 ständigen Wohnsitz in der Union mitwählen können, und nicht nur für  
Kommunalparlamente und  
158 das Europäische Parlament, sondern auch bei regionalen und nationalen Wahlen. Wer  
in  
159 Deutschland dauerhaft seinen Lebensmittelpunkt hat, muss die Möglichkeit haben,  
hier an  
160 allen Wahlen, Abstimmungen und demokratischen Prozessen gleichberechtigt  
teilzunehmen.

161 Junge Menschen mischen sich ein und wollen Europa mitgestalten. Deshalb war die  
Einführung  
162 des Wahlrechts ab 16 Jahren in Deutschland für die Europawahl ein großer Erfolg. Wir  
wollen,  
163 dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Deshalb werden wir  
auf  
164 Basis einer unmittelbar an die Europawahl anschließenden Evaluation das Wahlalter  
ggf.  
165 weiter absenken.

166 Ergänzend zur demokratischen Vertretung der Bürger\*innen im Europäischen  
167 Parlament wollen wir mehr direkte Teilhabe auch auf EU-Ebene ermöglichen. Im Parlament werden wir  
168 darüber hinaus darauf hinwirken, dass den Abgeordneten mehr Zeit für die Arbeit in ihren  
169 Heimatregionen zur Verfügung steht, um vor Ort ansprechbar zu sein.

170 Mit dem Europäischen Bürger\*innenforum, das erstmals in dieser Legislatur als  
171 Zukunftskonferenz stattgefunden hat, können europäische Bürger\*innen, die nach  
172 dem Zufallsprinzip und repräsentativ aus der gesamten Bevölkerung der EU ausgelost  
173 werden, in einem Bürger\*innen-Gutachten konkrete Handlungsvorschläge formulieren. Wir wollen  
174 dieses Instrument fest verankern, digitale Teilnahme ermöglichen und setzen uns dafür ein,  
175 dass die Vorschläge der Bürger\*innen auch umgesetzt werden.

176 Die Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der Bürger\*innen direkt ein Thema auf die  
177 Tagesordnung der europäischen Politik setzen können, wollen wir erweitern,  
178 verbindlicher und bekannter machen. Einer erfolgreichen EBI muss zwingend innerhalb eines Jahres ein  
179 Gesetzesvorschlag der Europäischen Kommission folgen und dem Europäischen  
180 Parlament sowie dem Rat zur Abstimmung vorgelegt werden. Die Initiator\*innen einer EBI sollen als  
181 Zwischenschritt auch ein Europäisches Bürger\*innenforum einberufen können.

## 182 **Handlungsfähiger werden**

183 Angesichts der vielfältigen Herausforderungen sind wir auf eine handlungsfähige EU  
184 angewiesen. Deshalb wollen wir zum einen mit der Ausweitung von  
185 Mehrheitsentscheidungen schneller ermöglichen, etwa durch Anwendung der Passerelle-Klausel.  
186 Wo bisher noch Einstimmigkeit zwischen den Staaten erforderlich war und Entscheidungen  
187 deshalb leicht blockiert werden konnten, soll in Zukunft mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt  
188 werden. Dabei ist es wichtig, dass die Interessen kleinerer Mitgliedstaaten weiterhin Gehör  
189 finden und respektiert werden.

190 Zum anderen wollen wir die in den Verträgen vorgesehene Klausel der Verstärkten  
191 Zusammenarbeit besser nutzen. Sie erlaubt es einer Gruppe von mindestens neun EU-  
192 Mitgliedstaaten, in ausgewählten Politikfeldern enger zu kooperieren und gemeinsam  
193 Projekte anzustoßen. Damit können sie schneller wichtige Projekte auf den Weg bringen.  
194 Wichtig für uns: Dabei soll das Europäische Parlament einbezogen werden – und alle anderen  
195 Mitgliedsländer sollen sich auch zu einem späteren Zeitpunkt anschließen können.

196 Einige der Reformen sind ohne Vertragsänderung möglich. Sie sollen zügig und zeitnah  
in die

197 Realität umgesetzt werden. Eine Reihe der Reformvorschläge, für die wir eintreten,  
bedarf  
198 einer Vertragsänderung. Dafür wollen wir einen Konvent unter der Einbeziehung von  
EU-  
199 Bürger\*innen einberufen. Dieser soll die Empfehlung der wegweisenden Konferenz zur  
Zukunft  
200 der EU einbeziehen. Hier waren Bürger\*innen maßgeblich an der Formulierung von  
neuen  
201 Perspektiven für die EU beteiligt.

## 202 **Korruption bekämpfen**

203 Demokratie lebt vom Vertrauen der Bürger\*innen, jeder Anschein käuflicher Politik  
richtet  
204 Schaden an. Wir sorgen deshalb für mehr Transparenz im Europäischen Parlament, in  
der  
205 Kommission und im Rat, um die Glaubwürdigkeit demokratischer Prozesse und das  
Vertrauen in  
206 die EU zu stärken. Wir machen Lobbyinteressen und Interessenskonflikte für alle  
sichtbar.  
207 Mit dem Korruptionsskandal einzelner Europaabgeordneter aus dem Jahr 2022 ist das  
208 dringlicher denn je. Die Ausweitung der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung-  
und  
209 bestechlichkeit auf EU-Ebene unterstützen wir.

210 Den Verhaltenskodex des Europäischen Parlaments stellen wir endlich scharf. Bei  
211 rechtskräftig festgestellten Verstößen müssen finanzielle Strafen zügig durchgesetzt  
werden.

212 Mit einem für alle EU-Institutionen, auch den Rat, verbindlichen Lobbyregister legen  
wir auf  
213 allen politischen Ebenen offen, wer in den Institutionen ein- und ausgeht. Diejenigen,  
die  
214 auf die Gesetzgebung Einfluss ausüben, machen wir durch einen „legislativen  
Fußabdruck“  
215 sichtbar, der umfassend nachvollziehbar macht, welche Positionen im  
Gesetzgebungsprozess  
216 eingebracht wurden.

217 Wir beenden die unwirksame reine Selbstkontrolle und schalten eine unabhängige  
Ethikbehörde  
218 ein, die für alle EU-Institutionen die Regeln zur Lobbykontrolle durchsetzt. Beim  
Wechsel  
219 zwischen Politik und Wirtschaft sorgen wir für klare Karenzzeitregeln, die an  
220 Übergangszahlungen angepasst sind, und für deren Kontrolle. Dass  
Europaabgeordnete jetzt  
221 ihre Vermögensverhältnisse gegenüber dem Parlament und Ermittlungsbehörden offen  
legen  
222 müssen, erschwert Korruption. Wir wollen dies transparent machen, so wie es bereits  
in  
223 vielen Mitgliedstaaten der Fall ist.



224 Mit einer EU-weiten Datenbank, die politische Onlinewerbung sowie ihre Auftrag- und  
225 Geldgeber\*innen transparent erfasst und digitaler Wahlkampfwerbung bei  
226 der Nutzung persönlicher Daten klare Schranken setzt, garantieren wir mehr Fairness  
im  
227 demokratischen Wettbewerb und mehr Schutz gegen Desinformation und Onlinehass.  
228 Der rechtliche Rahmen zur Einziehung von Vermögenswerten, die durch Korruption  
erworben  
229 wurden oder aus Erträgen, die aus diesem illegalen Vermögen stammen, soll weiter  
gestärkt  
230 werden.

## 231 **2. Feminismus**

### 232 **Europa zum Motor für Frauenrechte und Gleichstellung machen**

233 Wir wollen ein Europa, in dem alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht,  
selbstbestimmt leben  
234 und gleichberechtigt teilhaben können. Strukturelle Benachteiligung und  
235 geschlechterspezifische Diskriminierung hindern insbesondere Frauen, trans, inter und  
236 nichtbinäre Menschen daran. Unsere Antwort darauf ist ein Feminismus, der alle  
Menschen und  
237 Mehrfachdiskriminierungen in den Blick nimmt.  
238  
239 Frauen und Mädchen sollen in der gesamten EU gleichgestellt und selbstbestimmt  
leben können.  
240 In Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Gesellschaft – überall gibt es noch viel  
zu  
241 tun. Oft war Europa die Vorreiterin für Frauenrechte und Gleichstellung der  
Geschlechter.  
242 Doch rechte und rechtskonservative Kräfte in vielen Ländern nehmen unsere  
Errungenschaften  
243 ins Visier. Sie versuchen durch eine rückwärtsgewandte Familienpolitik, Frauen aus  
dem  
244 Arbeitsmarkt zu drängen. Reproduktive Rechte, besonders das Recht auf  
245 Schwangerschaftsabbruch, sind Menschenrechte und müssen für alle und in allen  
246 Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Doch gerade die reproduktiven Rechte von  
Frauen,  
247 insbesondere aus marginalisierten Gruppen, wie zum Beispiel queeren Frauen, werden  
offen  
248 infrage gestellt. Errungenschaften im Kampf gegen Gewalt an Frauen werden  
zurückgedrängt und  
249 die Rechte von trans, inter und nichtbinären Menschen in Frage gestellt. Dem treten  
wir mit  
250 aller Macht entgegen.  
251 Unser Ziel ist es, dass die EU eine Garantin für Geschlechtergerechtigkeit auf unserem  
252 Kontinent wird. Geschlechtergerechtigkeit soll sich durch alle Politikbereiche der Union  
ziehen. Deshalb wollen wir das EIGE (European Institute for Gender Equality) stärken  
253 und

254 ausbauen. Dafür braucht es größeres Wissen, mehr Daten und wissenschaftliche  
Expertise. Auch  
255 deshalb werden wir die Gender-Studies weiter fördern und gegen Angriffe verteidigen.  
256 Die Gender-Equality-Strategie der EU-Kommission, die 2025 ausläuft, muss zügig und  
257 umfangreich evaluiert werden. Auf Grundlage dieser Ergebnisse werden wir in der  
kommenden  
258 Legislatur einen ambitionierten Plan erstellen, um mit großen Schritten in Sachen  
259 Gleichberechtigung voranzukommen.

260 Alle Menschen müssen selbst über ihren Körper und ihr Leben entscheiden können. Wir  
wollen  
261 auch deswegen, dass die EU die Selbstbestimmungsrechte von Frauen und Mädchen  
stärkt. Dazu  
262 gehört, dass die reproduktive Gesundheit und das Recht auf körperliche  
Selbstbestimmung  
263 sowie selbstbestimmte Familienplanung für alle sichergestellt sind. Wir wollen den  
264 uneingeschränkten Zugang zu Verhütungsmitteln stärken. Eine professionelle  
Beratung zur  
265 Familienplanung ist die Grundlage für selbstbestimmte Entscheidungen. Sie muss breit  
in der  
266 EU verfügbar sein. Die Initiative, das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-  
267 Grundrechtecharta zu verankern, unterstützen wir. Der Zugang zu  
Monatshygieneprodukten ist  
268 Teil einer guten Gesundheitsversorgung. Deshalb wollen wir ihn verbessern.

### 269 **Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen**

270 Alle profitieren davon, wenn Frauen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Als  
271 Ingenieurinnen, Erzieherinnen, Ärztinnen und in unzähligen weiteren Berufen schaffen  
sie  
272 Wohlstand – für Europa und für sich: Denn eine faire Beteiligung am Arbeitsmarkt hilft  
273 Frauen, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern und zum Beispiel Altersarmut zu  
274 vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch politisch den Weg ebnen.

275 Der Gender-Pay-Gap, also die Lücke zwischen den Löhnen von Männern und denen von  
Frauen,  
276 klafft in allen EU-Ländern. Im Durchschnitt liegt er bei 12,1 Prozent, in Deutschland  
sogar  
277 bei circa 18 Prozent. Deshalb war die Verabschiedung der Lohntransparenzrichtlinie  
ein  
278 großer Erfolg. Sie schafft mehr Transparenz durch Auskunftsansprüche und Berichte,  
279 Entschädigungsansprüche bei geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und stärkt  
so die  
280 Rechte der Arbeitnehmerinnen. Wir setzen uns mit aller Kraft dafür ein, dass diese  
281 Richtlinie auch in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt wird. Und natürlich  
müssen  
282 sogenannte Sorge- und Care-Berufe, die hauptsächlich von Frauen ausgeübt werden,  
durch  
283 bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung aufgewertet sowie die gerechtere  
Verteilung von

284 bezahlter Arbeit und unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern  
verbessert werden.

285 Um für Frauen die gleichen Zugangs- und Aufstiegschancen auf dem Arbeitsmarkt zu  
schaffen  
286 und die Geschlechtergerechtigkeit zu erhöhen, wurde vom Europäischen Rat eine  
287 Vereinbarkeitsrichtlinie erlassen. Diese soll es Eltern partnerschaftlich ermöglichen,  
288 Berufs- und Privatleben miteinander zu vereinbaren. Mit der Familienstartzeit, die  
289 Partner\*innen nach der Geburt eine 14-tägige berufliche Freistellung ermöglicht, wird  
die  
290 Bundesregierung hier einen weiteren Schritt zur Erfüllung tun und Paare bei der  
291 partnerschaftlichen Arbeitsteilung unterstützen. Wir dringen weiter auf die Umsetzung  
und  
292 Ausweitung dieser Richtlinie. So wollen wir vor allem Väter dazu ermutigen, Elternzeit  
zu  
293 nehmen. Eine gute und partnerschaftliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine  
294 effektive Maßnahme, um dem existierenden Fachkräftemangel durch eine höhere  
Erwerbsquote von  
295 Frauen entgegenzuwirken. Denn: Viele Frauen möchten gern mehr arbeiten und immer  
mehr Männer  
296 wünschen sich, Familienaufgaben paritätisch aufzuteilen – die Bedingungen lassen es  
aber  
297 nicht zu.

298 Besonders auffällig ist der europaweit geringe Anteil von Frauen in allen Bereichen der  
299 sogenannten MINT-Berufe und den entsprechenden Studiengängen. Auch wenn hier  
die Zahl der  
300 Studienanfängerinnen steigt, spiegelt sich das nicht in den wissenschaftlichen  
Laufbahnen  
301 wider. Das muss sich ändern, denn angesichts des Arbeits- und Fachkräftemangels ist  
es  
302 geradezu fahrlässig, auf dieses Potenzial zu verzichten. Entsprechend wollen wir  
Frauen und  
303 Mädchen aktiv fördern und damit zeitgleich das Arbeitskräfteangebot für den MINT-  
Bereich  
304 verbessern. Außerdem fordern wir auf EU-Ebene bessere Finanzierungsmöglichkeiten  
für  
305 Darlehen und Eigenkapitalfinanzierungen für junge Unternehmerinnen und  
Innovatorinnen durch  
306 EU-Fonds und Programme sowie die Erleichterung des Zugangs von Frauen zu  
bestehenden Fonds,  
307 aber auch zu gut bezahlten Arbeitsplätzen.

### 308 **Gewaltschutz durchsetzen**

309 Wir wollen ein Europa, das Schutz und Unterstützung für alle Betroffenen von  
310 geschlechtsbasierter Gewalt bietet. Wir setzen uns dafür ein, dass Gewalt gegen  
Frauen  
311 sowohl durch präventive Maßnahmen verhindert als auch verfolgt und verurteilt wird.  
Ein  
312 wichtiger Baustein dafür ist die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen - insbesondere

von  
313 Müttern und ihren Kindern, da sie die Trennung von gewalttätigen Partnern erleichtert  
und  
314 somit eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist. Die Istanbul-  
315 Konvention ist das erste Instrument in Europa, das rechtsverbindliche Standards  
speziell zur  
316 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt festlegt. Endlich wurden  
durch die  
317 Initiative der Bundesregierung auch in Deutschland sämtliche Vorbehalte  
zurückgenommen. Bis  
318 heute aber haben sechs Mitgliedstaaten – Bulgarien, die Tschechische Republik,  
Ungarn,  
319 Lettland, Litauen und die Slowakei – diese Konvention noch nicht ratifiziert. Deshalb ist  
es  
320 ein großer Erfolg, dass die EU selbst umfassend und ohne Ausnahmen der Istanbul-  
Konvention  
321 beigetreten ist. Wir wollen, dass alle Leistungen der Mitgliedstaaten zum Schutz von  
Frauen  
322 mindestens den Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention und ihrem erläuternden  
Bericht  
323 entsprechen – einschließlich der Standards für Unterkünfte, Betreuungsstellen für  
Betroffene  
324 sowie Notrufstellen. Zudem müssen intersektionale Schutzkonzepte und  
Zufluchtsräume,  
325 insbesondere  
326 auch für trans, inter und nichtbinäre Menschen, entwickelt und bereitgestellt werden.  
Nun  
327 muss auch die ergänzende neue EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen  
Frauen und  
328 häuslicher Gewalt zügig verabschiedet und umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür  
ein, dass  
329 die Istanbul-Konvention auch im Hinblick auf die Schutzbedarfe von trans, inter,  
lesbischen  
330 und nichtbinären Menschen umgesetzt wird.

331 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres  
Ehemanns  
332 oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel erhalten können.  
Damit  
333 diese Frauen ihr Recht leichter einfordern und durchsetzen können braucht es  
334 niedrigschwelligen Zugang zu geschulter mehrsprachiger Beratung und  
unterstützender  
335 Hilfestrukturen.

336 Auch Sexarbeiter\*innen brauchen Rechte und Schutz vor Gewalt, Stigmatisierung und  
337 Kriminalisierung.

### 338 **Frauenrechte stärken und Menschenhandel bekämpfen**

339 Menschenhandel ist eine schwere Straftat und Menschenrechtsverletzung, die wir  
durch ein  
340 gemeinsames europäisches Vorgehen konsequent bekämpfen müssen. Die

verbreitetste Form des  
341 Menschenhandels in der EU geschieht zum Zweck der sexuellen Ausbeutung.  
Betroffene werden  
342 gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Prostitution zu arbeiten.  
Mehr als  
343 die Hälfte der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in der  
EU sind  
344 EU-Bürger\*innen, überwiegend Frauen und Mädchen.

345 Wir wollen die internationale Zusammenarbeit bei der Prävention, Strafverfolgung und  
zum  
346 Schutz der Betroffenen entlang der bereits bestehenden Vereinbarungen stärken. Um  
Frauen  
347 besser vor Menschenhandel und vor Gewalt zu schützen, wollen wir ihre Rechte  
stärken. Dies  
348 tun wir, indem wir uns bei der anstehenden Überarbeitung der EU-Opferschutz-  
Richtlinie dafür  
349 stark machen, dass alle Opfer von Straftaten besser geschützt werden. Wir wollen den  
Zugang  
350 zu Informationen über Opferrechte stärken sowie eine gute Koordination zwischen den  
351 Mitgliedstaaten, öffentlichen Stellen und den Justizbehörden sicherstellen. Dabei muss  
der  
352 Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Opfer von Menschenhandel  
abzuschieben, ist  
353 falsch. Stattdessen wollen wir sie durch dauerhafte Bleiberechte und  
Schutzprogramme  
354 schützen. Dies würde auch zu einer Erhöhung ihrer Anzeige- und Aussagebereitschaft  
führen  
355 und die Strafverfolgung der Täter\*innen erleichtern.

### 356 **Die Hälfte der Macht zur Realität werden lassen**

357 Solange Frauen in Schlüsselbereichen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft nicht  
358 angemessen vertreten sind, ist die Demokratie nicht vollständig. Auch in Europa  
müssen wir  
359 immer noch mit der Lupe suchen, um Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen zu  
finden. Wir  
360 begrüßen, dass die Richtlinie zu Führungspositionen nun endlich in Kraft treten konnte.  
Die  
361 Kommission muss nun durch regelmäßige Überprüfungen das Erreichen der  
entsprechenden Quoten  
362 sicherstellen. Denn verbindliche Quoten sind ein effektives Mittel, um  
Führungsgremien in  
363 Wirtschaft und Politik geschlechtergerecht zu besetzen, auch in den Institutionen der  
EU  
364 selbst. Auch die Kommission selbst soll geschlechterparitätisch besetzt werden.

365 Um die finanzielle Macht in Europa geschlechtergerechter zu gestalten, wollen wir ein  
366 effektives Gender Budgeting und Gleichstellungschecks für den EU-Haushalt  
durchsetzen. Es  
367 ist uns gelungen, künftige EU-Haushalte gerechter für alle Geschlechter aufzustellen:  
In der

368 neuen Haushaltsordnung ist nun festgeschrieben, dass die Vergabe von EU-Geldern  
nach  
369 Geschlechtern transparent gemacht wird. Wir setzen uns dafür ein, dass diese  
Transparenz  
370 auch in den Verhandlungen mit dem Rat stark gemacht und in der Haushaltsordnung  
für alle  
371 Fördermittel festgelegt wird. Dadurch werden bestehende Ungerechtigkeiten bei der  
372 Mittelverteilung sichtbar und können korrigiert werden. Zudem hat die Kommission  
eine  
373 Methode zur Messung der Auswirkungen von Haushaltsmitteln auf die Gleichstellung  
entwickelt.  
374 Diese muss aber in einigen Bereichen noch verbessert werden. Aufgrund der neuen  
Datenlage  
375 muss der nächste Mehrjährige Finanzrahmen geschlechtergerecht gestaltet werden.

### 376 **3. Europas Vielfalt**

#### 377 **Zivilgesellschaft stärken**

378 Europa zeichnet sich durch seine Vielfalt und das Miteinander verschiedener Menschen  
aus.  
379 Queere und nicht-queere Menschen, Menschen mit und ohne Behinderung,  
Atheist\*innen und  
380 religiöse Menschen, Junge und Alte bringen jeweils ihre Lebensperspektiven ein,  
gestalten  
381 unser Miteinander und unsere Demokratie. Unsere pluralistische Demokratie ist stark,  
weil  
382 Menschen in Bürgerinitiativen und Parteien, Vereinen, Nichtregierungsorganisationen  
(NGOs)  
383 und Religionsgemeinschaften eine lebendige Zivilgesellschaft gestalten. Es ist Aufgabe  
der  
384 EU, diese Freiheitsrechte zu sichern.

385 Wir unterstützen deshalb die europäische Zivilgesellschaft dabei, sich selbst  
386 grenzüberschreitend zu denken und zu organisieren. Im Europäischen Parlament  
haben wir  
387 erfolgreich eine Initiative für ein europäisches Vereinsrecht auf den Weg gebracht. So  
388 sorgen wir dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen überall in Europa rechtlich  
389 abgesichert arbeiten können.

390 Zivilgesellschaftliche Initiativen sind häufig die erste Anlaufstelle für Menschen, die  
391 Diskriminierung, wie Antisemitismus, Rassismus, Frauen- oder Queerfeindlichkeit und  
Gewalt  
392 erfahren. Damit sie Betroffene angemessen beraten können, wollen wir die  
bestehenden  
393 Beratungsstrukturen weiter fördern und ausbauen.

394 Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme wie „Bürgerinnen und Bürger,  
Gleichstellung,  
395 Rechte und Werte“ (CERV) angemessen ausgestattet werden. So fördern wir Initiativen  
und

396 Selbstvertretungsorganisationen, die sich gegen Diskriminierung und für die  
397 Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und vor allem auch in Staaten aktiv  
sind, wo  
398 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Minderheitenrechte besonders unter Druck  
stehen. Denn  
399 die Werte der Grundrechtecharta, wie beispielsweise die Versammlungsfreiheit,  
müssen wir  
400 auch in der EU stärken und sichern.  
401 Wir treten der Einschränkung von zivilgesellschaftlichen Handlungsspielräumen  
entschieden  
402 entgegen und setzen uns für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger\*innen  
innerhalb der EU  
403 ein.

404 Religion und Glauben sind Bestandteil unserer Kulturen und haben integrative Kraft für  
405 breite Teile der Gesellschaft. Sie sind die Grundlage vieler Gemeinden und  
Einrichtungen,  
406 die zum Zusammenhalt beitragen. Religionsfreiheit ist konstitutiv für eine vielfältige  
und  
407 freie Gesellschaft. Menschen, die aufgrund ihres Glaubens, Nicht-Glaubens oder ihrer  
408 Weltanschauung verfolgt werden, verdienen unseren Schutz. Wir wollen den  
interreligiösen  
409 Dialog vertiefen und Gemeinden dabei unterstützen, Menschen verschiedenen  
Glaubens  
410 miteinander in Kontakt zu bringen. Wir sind überzeugt, dass im gegenseitigen Respekt  
und im  
411 Dialog auf Augenhöhe unser vielfältiges Europa gestärkt wird.

#### 412 **Diskriminierung überwinden**

413 Sicherheit, das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Bürger\*innen-Rechte gelten  
für alle  
414 Menschen. Sie sind die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie müssen  
unabhängig davon  
415 gelten, woher ein Mensch kommt, wie er oder sie liebt, lebt oder glaubt. Ein Europa,  
das in  
416 seiner Vielfalt zusammenhält und die Rechte jedes und jeder Einzelnen schützt, schafft  
417 demokratischen Fortschritt, Teilhabe und Freiheit für alle. Doch noch immer sind  
Menschen in  
418 Europa aufgrund von Antisemitismus, Rassismus und anderen Formen von  
gruppenbezogener  
419 Menschenfeindlichkeit Gewalt und Ausgrenzung ausgesetzt. Wir wollen  
Diskriminierungen auf  
420 allen Ebenen abbauen. Um das Versprechen des vielfältigen Europas der Teilhabe  
einzulösen,  
421 muss die EU konsequent mit rechtlichen Maßnahmen gegen Diskriminierung vorgehen.  
Dabei  
422 wollen wir den Blick besonders auf Mehrfachdiskriminierungen lenken.

423 Noch immer ist Antisemitismus bis in die Mitte der europäischen Gesellschaft tief  
 424 verwoben.  
 424 Jüdische Einrichtungen werden bedroht und angegriffen. Dem stellen wir uns  
 425 entschlossen  
 425 entgegen. Dies gilt in besonderer Weise für uns als Deutschland und dem Versprechen  
 426 „Nie  
 426 wieder!“, dem sich auch Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und der Shoah  
 427 verpflichtet hat. Es  
 427 ist die Aufgabe aller Mitgliedstaaten, die Sicherheit jüdischer Gemeinden zu  
 428 gewährleisten  
 428 und sicherzustellen, dass Jüdinnen und Juden in Europa eine sichere Zukunft sehen.  
 429 Wir  
 429 befürworten deshalb die Aufstockung der europäischen Gelder für Sicherheitsprojekte,  
 430 um sie  
 430 dabei zu unterstützen. Als Europäer\*innen ist es nicht nur unsere Aufgabe,  
 431 Antisemitismus in  
 431 all seinen Formen entgegenzutreten, sondern auch jüdisches Leben in seiner Vielfalt  
 432 sichtbar  
 432 zu machen und zu stärken. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei der Kultur zu. Die  
 433 Perspektiven jüdischer Künstler\*innen sind wichtiger Bestandteil einer europäischen  
 434 Kultur.  
 434 Diskriminierung und Boykotten gegen Jüdinnen und Juden muss daher entschieden  
 435 entgegengetreten werden. Um das Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie  
 435 Kontakte und  
 436 Erfahrungen mit jüdischen Menschen europaweit zu vermitteln, wollen wir politische  
 437 und  
 437 kulturelle Bildungsangebote fördern.

438 Muslim\*innen bilden die zweitgrößte Religionsgemeinschaft in Europa. Muslimisches  
 438 Leben  
 439 gehört zu Europa und ist zugleich zur Zielscheibe von rechten und  
 439 verschwörungsideologischen  
 440 Bewegungen geworden. Wir begrüßen es, dass die EU nach langer Zeit endlich die  
 440 Stelle der  
 441 EU-Koordinatorin gegen Islamfeindlichkeit neu besetzt hat. Ihre Rolle wollen wir  
 441 stärken.

442 Wir wollen, dass die Bekämpfung von Antiziganismus eine neue Priorität wird und sich  
 442 dabei  
 443 von paternalistischen Ansätzen verabschiedet. Denn Menschen mit Romani-  
 443 Hintergrund werden  
 444 beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Wohnen und Arbeit oft benachteiligt. Damit die  
 444 politische Teilhabe und der Einsatz gegen Rassismus gegen Sinti\*zze und Rom\*nja  
 445 gefördert  
 445 werden, richten wir ein europäisches Beratungsgremium ein. Diesem gehören unter  
 446 anderem  
 446 Expert\*innen, Selbstvertretungsorganisationen und lokale sowie regionale  
 447 Gebietskörperschaften an. Wir setzen uns für die Einführung von verbindlichen  
 448 Gesetzen zur  
 448 Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe ein.  
 449 Menschen, die Diskriminierung erfahren, sei es durch öffentliche Institutionen, auf dem



451 Wohnungs- oder auf dem Arbeitsmarkt, dürfen nicht allein gelassen werden, sondern  
müssen  
452 Recht und Gesetz auf ihrer Seite wissen. Die EU hat das Potenzial, den Schutz gegen  
453 Diskriminierung, sei es aufgrund der sozialen Herkunft, einer rassistischen  
Zuschreibung,  
454 der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder des Alters, zu verbessern. Dies  
wollen  
455 wir konsequent nutzen. Um das Schutzniveau zu vereinheitlichen und zu stärken sowie  
Schutzlücken zu schließen, wollen wir, unter anderem, dass die 5.  
456 Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschiedet wird. Auch Deutschland soll  
seinen  
457 Vorbehalt aufgeben. Wir stehen fest an der Seite von Menschen, die aufgrund von  
458 Diskriminierung Gewalt erfahren und wollen sie beispielsweise durch den Zugang zu  
459 rechtlicher, medizinischer und psychologischer Beratung unterstützen. Die  
460 systematische  
461 Erfassung von Diskriminierungsfällen wollen wir europaweit stärken, um die  
europäische  
462 Antidiskriminierungsarbeit zielgenau und wissenschaftlich fundiert weiterzuentwickeln.  
463  
464 Wir wollen die Forschung zu Rassismus und seinen unterschiedlichen Formen, wie zum  
Beispiel  
465 anti-Schwarzen Rassismus europäisch fördern. Die UN-Dekade für Menschen  
afrikanischer  
466 Herkunft treiben wir voran. Maßnahmen zum Abbau von Rassismus, Antisemitismus  
und  
467 Diskriminierung sollen dabei unter kontinuierlicher Einbindung von Expert\*innen und  
468 Selbstvertretungsorganisationen erarbeitet werden. Wir wollen zudem, dass die EU die  
Mitgliedstaaten zum Beispiel durch Schulungen dabei unterstützt, diskriminierenden  
469 Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden entgegenzuwirken. Das Amt der bzw.  
470 des  
471 Antirassismusbeauftragten der Europäischen Kommission soll gestärkt und über 2025  
hinaus  
472 besetzt werden. Wir unterstützen die Minority-SafePack-Initiative und wollen  
473 Minderheitenrechte wie den Erhalt von Sprache, Kultur und Identität in der EU stärken.  
Wir  
474 brauchen zudem eine unabhängige institutionelle europäische Förderung von  
Nationalen  
475 Minderheiten. Damit Minderheitenrechte in der EU gewährleistet werden können, soll  
die  
476 Zuständigkeit für den Schutz nationaler Minderheiten und autochthoner Volksgruppen  
innerhalb  
477 der EU-Kommission verbindlich geregelt sein.  
478  
479 Aktuell wird die europäische Gesellschaft in ihrer Vielfalt im Personal der Europäischen  
480 Kommission nicht ausreichend abgebildet. Wir wirken deshalb darauf hin, dass die  
Kommission  
481 als Arbeitgeberin aktiv Konzepte zur diskriminierungssensiblen Öffnung, beispielsweise  
bei  
482 Bewerbungsverfahren, weiterentwickelt und umsetzt.

---

**483 Queere Rechte schützen**

484 Die Möglichkeit, sich frei zu entfalten und in der eigenen Individualität leben zu  
485 können,  
486 ist ein Kern der europäischen Werte. Obwohl queere Menschen in den letzten  
487 Jahrzehnten viele  
488 ihrer Rechte erfolgreich erkämpfen konnten, erleben wir, dass autoritäre Kräfte  
489 versuchen,  
490 diese wieder zurückzudrehen. Noch immer haben queere Menschen nicht überall  
491 Zugang zu  
492 diskriminierungsfreier Gesundheitsversorgung, einer selbstbestimmten Änderung ihres  
493 Geschlechtseintrages oder zur Ehe. Nicht selten ist ein selbstbestimmtes Leben in  
494 Sicherheit  
495 für lesbische, schwule, bi, trans, inter und queere Menschen (LSBTIQ\*) nicht möglich,  
496 weil  
497 ihre Rechte eingeschränkt oder sie unter anderem im Alltag angefeindet,  
498 pathologisiert oder  
499 angegriffen werden und Queerfeindlichkeit in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet  
500 ist.  
501 Das nehmen wir nicht hin und stellen uns diesen Versuchen klar entgegen, ganz egal  
502 aus  
503 welcher Motivation sie geschehen oder von wem sie ausgehen. Wir wollen ein Europa,  
504 das die  
505 sexuelle und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich anerkennt.

506 Auf unsere Initiative hin hat das Europäische Parlament die EU zur „LSBTIQ\* Freedom  
507 Zone“  
508 erklärt. Wir setzen uns auf dieser Grundlage dafür ein, dass die EU-Kommission und  
509 der Rat  
510 alle ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente – inklusive  
511 Vertragsverletzungsverfahren und  
512 Sanktionen – nutzen, um das systematische Vorgehen von Regierungen gegen  
513 LSBTIQ\*-Personen  
514 sowie die Demontage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stoppen. Damit  
515 stärken wir die  
516 Community in ihrem Kampf für ihre Rechte in diesen Ländern.

517 Um Queerfeindlichkeit zu bekämpfen, setzen wir uns dafür ein, dass die LSBTIQ\*  
518 Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission über 2025 hinaus fortgeführt  
519 wird und  
520 wirken auf ihre Weiterentwicklung unter Beteiligung der Zivilgesellschaft hin. Wir  
521 wollen  
522 eine EU-weite mehrsprachige Beratungshotline einrichten, an die sich Opfer von  
523 Queerfeindlichkeit wenden können, um niedrigschwellige Beratung zu erhalten.

524 Familie ist dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen – zum Beispiel  
525 mit zwei  
526 Müttern, zwei Vätern, mehreren Elternteilen, alleinerziehend oder mit Mutter und  
527 Vater. Wir  
528 setzen uns für die Gleichstellung von Zwei-Mütter-Familien und für ein  
529 diskriminierungsfreies Leben von Regenbogenfamilien ein. Landesgrenzen dürfen nicht

darüber  
512 entscheiden, ob Kinder mit ihren Eltern aufwachsen, denn das Recht auf Freizügigkeit  
muss  
513 auch für Regenbogenfamilien ohne Wenn und Aber gelten. Wir streiten dafür, dass  
eine in  
514 einem EU-Land begründete Elternschaft, eingetragene Partnerschaft, erweiterte  
515 Sorgerechtserklärung oder gleichgeschlechtliche Ehe in der gesamten Union  
anerkannt wird.

## 516 **Inklusive Gesellschaft verwirklichen**

517 Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet  
und  
518 allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Barrieren konsequent  
abzubauen,  
519 sichert Zusammenhalt, Wohlstand und Freiheit. Die europäische  
Behindertenbewegung hat sich  
520 erfolgreich für ihr Recht auf Gleichstellung und Teilhabe eingesetzt. Mit der  
Verabschiedung  
521 der UN-Behindertenrechtskonvention haben sich die EU-Mitgliedstaaten verpflichtet,  
alle  
522 Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im  
Weg  
523 stehen. Wir wollen dafür sorgen, dass dies endlich in ganz Europa Wirklichkeit wird.  
524 Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von  
525 selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir  
insbesondere die  
526 Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent  
ausbauen. Die  
527 Kommission soll die Fortschritte in den Mitgliedstaaten regelmäßig überprüfen. Das  
528 Werkstättensystem wollen wir in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickeln –  
denn  
529 sozialer Schutz und Mindestlöhne müssen auch für Menschen mit Behinderung gelten.  
EU-Mittel  
530 sollen nicht in Arbeitsformen fließen, die Artikel 27 der UN-  
Behindertenrechtskonvention  
531 entgegenstehen und Inklusionsunternehmen stärker gefördert werden.  
532  
533 Der bedarfsgerechte Ausbau von bezahlbaren barrierefreien und  
behindertengerechten Wohnungen  
534 sowie von selbstbestimmten Wohnformen ist und bleibt eine zentrale Aufgabe bei der  
535 Gestaltung der inklusiven Gesellschaft.  
536 Menschen mit Behinderungen sind stärker von Gewalt betroffen als nichtbehinderte  
Menschen.  
537 Wir wollen, dass der Schutz vor Gewalt für alle Menschen in Europa gilt. Wir setzen uns  
538 dafür ein, dass Zwangssterilisationen, die insbesondere Frauen und Mädchen mit  
Behinderungen  
539 betreffen, in Europa beendet und unter Strafe gestellt werden.  
540

541 Schlechte Nutzbarkeit von Webseiten, Stufen ohne Rampe, zu enge Türen – Menschen  
mit  
542 Behinderung, aber auch ältere Menschen oder mobilitätseingeschränkte Personen  
erleben in  
543 ihrem Alltag unterschiedliche Barrieren, die ihre Teilhabe am öffentlichen Leben  
544 einschränken. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der  
545 sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten – auch in  
Deutschland  
546 – fristgerecht umgesetzt und durchsetzbar wird. Um die Mitgliedsstaaten dabei zu  
547 unterstützen, Maßnahmen zur Barrierefreiheit kohärent umzusetzen, wollen wir ein EU-  
548 Barrierefreiheitszentrum einrichten.

549

550 Das Amt der Gleichstellungskommissar\*in wollen wir stärken und verstetigen.  
Bürokratische  
551 Hürden und technische Normen, die Menschen mit Behinderung an ihrer Teilhabe  
hindern, wollen  
552 wir abbauen und auf Barrierefreiheit prüfen.

553 Um die europäische Freizügigkeit auch für Menschen mit Behinderung zu garantieren,  
wollen  
554 wir einen niedrighschwellig beantragbaren europäischen Schwerbehindertenausweis  
einführen,  
555 gegenseitige Anerkennung nationaler Definitionen von Behinderung und barrierefreies  
Reisen  
556 durch ganz Europa umsetzen. Dies gilt auch für die Inanspruchnahme von sozialen  
Leistungen.

## 557 **4. Eine lebendige Kulturlandschaft**

### 558 **Kultur als Säule der Demokratie**

559 Wenig eint Europa so sehr wie seine vielfältige, lebendige Kultur. Sie entsteht aus dem  
560 Zusammenspiel von Traditionen des gesamten Kontinents mit Einflüssen von außen  
und der  
561 beständigen Entwicklung neuer Ausdrucksformen. Kultur ist ein Wert an sich und  
zugleich ein  
562 unverzichtbarer Teil der europäischen Demokratie, denn in ihr finden Austausch und  
563 Zusammenleben über Grenzen hinweg auf verschiedenste Weise statt. Eine offene und

564 vielfältige Kultur ist der beste Schutz gegen nationalistisches Denken, Abschottung  
und  
565 Unfreiheit. Wegen ihrer Unverzichtbarkeit für eine gefestigte demokratische  
Gesellschaft  
566 werden Kultureinrichtungen und Kulturschaffende massiv von rechtsextremen Kräften  
unter  
567 Druck gesetzt und sogar angegriffen. Wir verteidigen deshalb die freie Kunst und  
Kultur  
568 gegen Antidemokrat\*innen und staatliche Eingriffe und unterstützen sie durch eine  
569 öffentliche Förderung, die künstlerische Kreativität auch jenseits der Marktlogiken  
570 ermöglicht.

571 Das Programm „Creative Europe“ wollen wir deshalb finanziell ausbauen und deutlich  
572 vereinfachen, um die Zusammenarbeit und den Austausch von Künstler\*innen und  
573 Kulturveranstalter\*innen in ganz Europa zu ermöglichen. Es soll sich als Dienstleister  
für  
574 Kulturschaffende verstehen, der ansprechbar ist sowie schnell und zielgerichtet  
unterstützt.  
575 Insbesondere die freien Szene soll neue Zugänge erhalten um europäischen Austausch  
zu  
576 stärken, zum Beispiel für Ensembles und Gruppen, die über Grenzen hinweg  
zusammenarbeiten.  
577 Dazu erarbeiten wir auch Angebote für Gruppen, die aufgrund von Flucht und  
Migration  
578 getrennt wurden.

579 Die EU muss Garantin und Unterstützerin sein für die Freiheit der Kultur und ihrer  
Vielfalt.  
580 Deswegen wollen wir die Kulturförderung so gestalten, dass sie auch denjenigen offen  
steht,  
581 die über wenig Eigenmittel oder keine nationale Förderung verfügen.

582 Das Ziel der Klimaneutralität betrifft in besonderem Maß die europäische Dimension  
der  
583 Kultur, die von der Bewegung von Kulturgütern und Menschen lebt. Wir wollen daher  
im Rahmen  
584 von Creative Europe ein Programm schaffen, in dem Beratung und Finanzierung für  
den Wandel  
585 der europäischen Kulturzusammenarbeit hin zur Klimaneutralität gebündelt werden.  
Auch die  
586 Idee des Neuen Europäischen Bauhauses, das einen interdisziplinären Ansatz für  
587 klimaneutrales Bauen und Gestalten fördert, wollen wir partizipativ weiter ausbauen  
und als  
588 eigene Mission in Horizont Europa verankern.  
589 Grenzüberschreitender kultureller Austausch braucht darüber hinaus unbürokratische  
und faire  
590 Regelungen bei der Besteuerung von Einkommen aus künstlerischer Tätigkeit, die  
591 Doppelbesteuerung vermeiden.

592 Im Programm der europäischen Kulturhauptstädte wird die Vielfalt unseres Kontinents  
erlebbar  
593 und gefördert. Wir wollen dieses erfolgreiche Konzept fortführen, dabei aber die  
594 Bewerbungsverfahren überprüfen und transparenter gestalten.

595 Zur europäischen Kultur gehört auch ihre gewachsene Struktur einer unabhängigen  
und  
596 vielfältigen Kultur- und Kreativwirtschaft mit kleinen und mittelständischen  
Unternehmen.  
597 Sie gestalten Games, Filme, Serien oder Bücher, arbeiten in der Designwirtschaft, im  
598 Kunstmarkt, der Musikwirtschaft, dem Pressemarkt, der Architektur, der  
Rundfunkwirtschaft,  
599 den Darstellenden Künsten und dem Werbemarkt. Sie sind wesentliche Treiberinnen  
von  
600 Innovation und Wachstum – weit über ihren eigenen Sektor hinaus. Diese Strukturen  
wollen wir

601 fördern und gegen die Marktmacht der großen internationalen Plattformen schützen,  
602 etwa indem  
603 wir uns in Handelsabkommen für die Aufrechterhaltung der kulturellen Ausnahme  
604 einsetzen. Die  
605 lokale Struktur von Buchhandlungen wollen wir stärken, indem wir uns dafür  
606 einsetzen, dass  
607 preisgebundene Bücher von den Regeln des europäischen Vergaberechts  
608 ausgenommen werden.  
609  
610 Mit dem KulturPass hat die Bundesregierung ein neues, innovatives kulturpolitisches  
611 Instrument eingeführt: junge Menschen bekommen ein Budget, um Kunst und Kultur in  
612 all ihrer  
613 Vielfalt und Breite entdecken zu können. Damit stärken wir auch Kultureinrichtungen.  
614 Aufbauend auf analogen Projekten in Frankreich, Spanien und Italien wollen wir nun  
615 einen  
616 gemeinsamen europäischen Kulturpass einführen, damit junge Menschen  
617 grenzübergreifend den  
618 ganzen Reichtum und die große Vielfalt der Kultur in Europa erkunden und entdecken  
619 können.

## 612 **Kreative stärken**

613 Die Schaffenskraft von Künstler\*innen und Kreativen ist die Grundlage für unsere  
614 lebendige  
615 Kulturlandschaft. Angesichts technischer und gesellschaftlicher Veränderungen  
616 müssen sie  
617 ihren Platz in der Wertschöpfungskette der Kulturproduktion immer wieder neu  
618 behaupten. Das  
619 gilt vor allem für die neuen Entwicklungen der Künstlichen Intelligenz (KI). Diese nutzt  
620 von  
621 Menschen erdachte Bilder, Töne und Texte, um neue Inhalte zu erzeugen. KI-Produkte  
622 treten  
623 dabei in Konkurrenz zu menschlichen Urheber\*innen. Wir setzen uns daher dafür ein,  
624 dass  
625 Urheber\*innen ihren Nutzungsvorbehalt und ggf. andere Rechte gegenüber  
626 kommerzieller KI  
627 einfach und zentral und wo sinnvoll maschinenlesbar wahrnehmen können. Das  
628 Urheberrecht soll  
629 weiterhin das kreative Schaffen natürlicher Personen schützen und darf nicht auf  
630 automatisch  
631 generierte Inhalte von KI-Systemen ausgedehnt werden. Urheber\*innen wollen wir bei  
632 der  
633 fairen Vergütung ihrer Werke unterstützen und gleichzeitig den Zugang zu Wissen und  
634 Kultur  
635 für alle stärken, um gute Voraussetzungen für die Kreativen von morgen zu schaffen.  
636 Werknutzer\*innen, ebenso wie Urheber\*innen und auch andere Kulturschaffende wie  
637 Schauspieler\*innen oder Musiker\*innen, müssen einen Platz am Tisch haben, wenn  
638 über die  
639 Weichenstellungen der digitalisierten Kulturwelt verhandelt wird. Im Interesse der  
640 Chancengleichheit wollen wir, wie die bisherige Ausleihe, auch die digitale Ausleihe (E-  
641 Lending) von Inhalten im Kontext von Bibliotheken, Bildungs- und

Forschungseinrichtungen  
630 ermöglichen.

631 Durch eine Erweiterung des Erasmus-Programms auf Künstler\*innen und Kreative  
wollen wir die  
632 Mobilität und die europäische Perspektive von Kulturschaffenden weiter stärken. Für  
633 Kulturschaffende, denen außerhalb der EU Verfolgung droht, wollen wir einen sicheren  
Hafen  
634 und Unterstützungsmöglichkeiten anbieten.

635 Den Gender Pay Gap wollen wir auch in der Kultur schließen. Die Rolle von Frauen im  
636 Kulturbereich werden wir stärken, indem wir uns in der EU beispielsweise für eine  
637 paritätische Besetzung von Vergabegremien und Juries einsetzen.

### 638 **Medienfreiheit garantieren**

639 Freie und demokratisch ausgerichtete Medien sind eine unverzichtbare Grundlage für  
unsere

640 öffentliche Meinungsbildung. Auch in Mitgliedstaaten der EU wird diese Grundlage  
heute

641 angegriffen. Wir unterstützen deshalb mehr Transparenz über Besitzverhältnisse und  
642 verbindliche Instrumente, um gegen die Einschränkung von Pressefreiheit – sei es in  
Form

643 offener Zensur, durch die Kontrolle und Zentralisierung von Verlageigentum oder auf  
anderem

644 Weg – vorzugehen. Dabei gilt für uns auch hier, dass alle Kontrollmechanismen dem  
Grundsatz

645 der Staatsferne folgen müssen. Medienfreiheit bedeutet dabei auch, dass  
Journalist\*innen und

646 Redakteur\*innen im Rahmen professioneller Standards oder Redaktionsstatute frei  
arbeiten

647 können. Ein neues Europäisches Gremium für Mediendienste darf bestehende  
Medienrechte und -

648 freiheiten in Deutschland nicht aushebeln. Um Journalist\*innen und ihre Quellen vor  
649 Überwachung und Verfolgung zu schützen, fordern wir eine wirksame Regulierung  
sowie

650 richterliche Kontrolle des Einsatzes von Spähsoftware. Gegen einen missbräuchlichen  
Einsatz

651 gehen wir vor. Hinweisgeber\*innen wollen wir vor Verfolgung wirksam schützen.

652 Übermäßige Konzentration an Medienbesitz, auch in einzelnen EU-Staaten, muss  
wirksam

653 verhindert werden - im Notfall auch über die Aufteilung von Unternehmen oder

654 Besitzstrukturen. Dafür ist die Transparenz über die Besitzverhältnisse unabdingbar.  
Das ist

655 eine Grundlage für eine vielfältige Presselandschaft, die es Journalist\*innen ermöglicht,

656 frei und kritisch zu berichten.

657 Private Medien in Print und Online werden auch durch falsche Anreizstrukturen beim  
658 Wettbewerb um Werbeeinnahmen und die Marktmacht der Social Media-Plattformen  
stark in ihrem

659 Wirtschaftsmodell beeinträchtigt. Das bedroht immer mehr Qualitätsmedien in ihrer

---

## Existenz

660 und ist ein drängendes Problem für die Meinungsvielfalt. Wir streben deshalb an, durch  
661 geeignete Instrumente die Wettbewerbssituation für journalistische Angebote  
662 besonders im  
663 Netz zu verbessern und auf der Ebene der Mitgliedstaaten praktikable  
664 Finanzierungsinstrumente zur Stärkung journalistischer Inhalte, Entwicklung  
665 zukunftsfähiger  
666 Geschäftsmodelle und einer flächendeckenden Versorgung mit journalistischen  
667 Angeboten zu  
668 entwickeln. Soweit dabei neue Technologien wie generative KI zum Einsatz kommen,  
669 setzen wir  
670 uns für eine klare Kennzeichnung von KI-erzeugten Bildern, Texten und Videos ein.  
671 Der grenz- und sprachüberschreitende Raum der EU stellt für die Herausbildung einer  
672 gemeinsamen Öffentlichkeit eine besondere Herausforderung dar. Deshalb setzen wir  
673 uns für  
674 einen Ausbau transnationaler und mehrsprachiger Angebote des öffentlich-rechtlichen  
675 Rundfunks ein. Konkret wollen wir dazu zunächst den erfolgreichen Ansatz des  
676 Senders arte  
677 ausbauen und ihn schrittweise zu einem gemeinsamen europäischen Angebot  
678 entwickeln. Darüber  
679 hinaus setzen wir uns für die Vernetzung der Angebote des öffentlich-rechtlichen  
680 Rundfunks  
681 in Europa und für eine verbesserte Auffindbarkeit europäischer Kultur- und  
682 Medienangebote im  
683 Netz ein. Auf diese Weise wollen wir langfristig ein vollwertiges europäisches,  
684 öffentlich-  
685 rechtliches Medienangebot schaffen, mit einem umfassenden und  
686 länderübergreifenden Angebot  
687 von Nachrichten über Sport und Kultur bis Unterhaltung, etwa in Form eines  
688 europäischen  
689 Medienportals. Das ist auch ein Beitrag gegen Desinformation und  
690 Verschwörungsmäthen. Wir  
691 wollen Förderung und Schutz für Exilmedien schaffen, damit die EU ein Raum des  
692 freien  
693 Ausdrucks auch für Menschen aus Ländern sein kann, in denen die Presse- und  
694 Meinungsfreiheit  
695 unterdrückt wird.

## 681 **Europäisch erinnern**

682 Die Erinnerung an vergangenes Unrecht gehört zu den Grundlagen aller  
683 Gesellschaften. Europa  
684 war nicht nur als Kontinent über Jahrhunderte von Krieg und Gewalt gekennzeichnet,  
685 von hier  
686 gingen auch über Jahrhunderte Krieg und Gewalt aus.. Die EU als Friedensprojekt hat  
687 die  
688 Aufgabe, diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen. Erinnerung soll einen  
689 Beitrag  
690 zu Versöhnung und Verständigung leisten, nicht spalten. Dabei ist es wichtig, eine



687 multiperspektivische Erinnerungskultur zu fördern, die auch die Geschichte von bisher  
zu  
688 Unrecht überhörten Gruppen mit in den Blick nimmt. Wir wollen grenzübergreifende  
689 Zusammenarbeit stärken und setzen uns für den Erhalt bestehender sowie für die  
Schaffung  
690 weiterer Orte der kollektiven Erinnerung, des Gedenkens und der Reflexion ein. Wir  
wollen  
691 mit europäischen Mitteln Initiativen unterstützen, die sich der Aufgabe der  
Verständigung  
692 widmen und beispielsweise auch in Osteuropa die sich historisch überlagernden  
693 Gewalterfahrungen durch den Angriffskrieg Deutschlands sowie die Unterdrückung  
durch die  
694 Sowjetunion in ihrem komplexen Erbe verständlich und nachvollziehbar machen.  
Hierzu zählen  
695 auch die Zusammenarbeit mit Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen sowie  
die  
696 Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Bestrebungen nach einer  
Umdeutung  
697 der Geschichte im Dienste nationalistischer Tendenzen treten wir entschieden  
entgegen.

698 Allen Versuchen, einen „Schlusstrich“ unter das Erinnern an die Verbrechen des  
699 Nationalsozialismus und besonders der Shoah zu ziehen oder sie zu verharmlosen,  
stellen wir  
700 uns klar entgegen. Sie sind mit den demokratischen Werten unvereinbar. Wir werden  
dies nicht  
701 unbeantwortet lassen – nicht in Deutschland, nicht in Europa, nirgendwo.

702 Zum europäischen Erbe gehört auch die grausame Geschichte von Völkermord,  
Kolonialismus,  
703 Versklavung und Ausbeutung in Afrika, Lateinamerika und Asien. Selbst während der  
Entstehung  
704 des europäischen Friedensprojektes bestanden koloniale Gewalt und wirtschaftliche  
Ausbeutung  
705 fort. Viele europäische Staaten und Unternehmen waren in diese Verbrechen verwickelt  
und  
706 Europa profitiert noch heute von den damals geschaffenen Abhängigkeiten. Deswegen  
wollen wir  
707 die Aufarbeitung der kolonialen Geschichte in enger Zusammenarbeit mit den  
Nachkommen, mit  
708 Forscher\*innen und zivilgesellschaftlichen Initiativen aus ehemals kolonisierten  
Gebieten  
709 auch auf europäischer Ebene vorantreiben und uns um Wiedergutmachung bemühen.  
Dazu gehört  
710 die Rückgabe beispielsweise von Raubkunst oder menschlichen Gebeinen, aber auch  
die  
711 Förderung von Aufklärungsarbeit und Stärkung multiperspektivischer  
Geschichtsforschung. Die  
712 Auswirkungen des Kolonialismus auf die heutigen Gesellschaften sollten sichtbarer  
werden.  
713 Dazu wollen wir in thematisch passenden EU-Förderprogramme die

erinnerungspolitischen  
714 Dimension stärken.

715 **Fair Play im Sport**

716 Ob Amateurfußball oder Champions League, ob Fahrradausflug oder Tour de France –  
Sport steht  
717 im Herzen von Europa. Bewegung und Sport verbindet Menschen, schafft und  
vermittelt  
718 regionale Identitäten, sorgt für Gesprächsstoff und tragen zur Gesundheit bei. Im  
Zentrum  
719 stehen die vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Vereinen und Verbänden  
engagieren. Wir  
720 wollen Organisationen und Initiativen stärken, die sich besonders für gesellschaftlichen  
Zusammenhalt, Demokratie und Gleichberechtigung sowie gegen Ausgrenzung und  
721 Hass stark  
722 machen. Europäische Fördermittel wollen wir für sie einfacher zugänglich machen -  
auch  
723 außerhalb Europas sollen Sportorganisationen als wichtige zivilgesellschaftliche  
724 Partner\*innen gestärkt werden.  
725 Sport kann nur dann eine Vorbildfunktion einnehmen und verbinden, wenn er fair und  
726 transparent funktioniert und Vereine und Verbände im Einklang mit Gesetzen agieren.  
Betrug,  
727 Doping und Korruption stehen seinem Wesen diametral entgegen. Wir wollen daher  
eine  
728 unabhängige europäische Agentur etablieren, die sich mit NGOs, Anti-  
Korruptionsexpert\*innen  
729 sowie internationalen Ermittler\*innen für Transparenz, Integrität und echte  
730 Rechenschaftspflichten um Korruptions- und Betrugsfälle im weltweiten Sport  
kümmert.  
731 Damit wollen wir Vertrauen wiederherstellen. Das ist auch eine Grundlage dafür, dass  
732 internationale Sportgroßveranstaltungen in Europa weiter ihren Platz haben. Wenn sie  
mit  
733 klaren und verlässlichen Standards für soziale und ökologische Fairness und  
Nachhaltigkeit  
734 arbeiten, können sie damit weltweit einen Wettbewerbsvorteil erlangen und Zeichen  
setzen.  
735 Wir setzen besonders auf eine grenzüberschreitende Ausrichtung von  
Sportereignissen, die  
736 Klima und Umwelt schonen. So machen wir den europäischen Spitzensport gemeinsam  
erlebbar.  
737 Wir wollen Sport gegen die Auswirkungen der Klimakrise resilient machen. Viele  
Sportarten  
738 sind von einer intakten Natur abhängig, gleichzeitig verursacht der Sport Schäden. Wir  
wollen durch ein neues europäisches Programm Wege aufzeigen, wie Europas  
739 vielfältige  
740 Sportszene einen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele leisten und sich entwickeln

kann.

741 Unser Ziel ist es, dass Sportveranstaltungen klimaneutral durchgeführt werden  
742 können.

## 742 **5. Flucht- und Migrationspolitik der Humanität und** 743 **Ordnung**

### 744 **Fluchtursachen bekämpfen**

745 Die Zahl der Vertriebenen durch Kriege, der Klimakrise oder fehlender wirtschaftlicher  
746 Perspektiven hat sich weltweit in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Die übergroße  
Mehrheit  
747 der Menschen flieht innerhalb des eigenen Landes oder in die angrenzenden Regionen.  
Doch die  
748 Auswirkungen der steigenden Fluchtzahlen merken wir auch in Europa. Wir stellen uns  
dieser  
749 Verantwortung, denn Flucht und Migration sind eine historische und globale Realität  
und  
750 werden es auch bleiben. Das Leid, das Menschen auf Fluchtrouten nach Europa und an  
den  
751 europäischen Außengrenzen erleben, ist untragbar. Dass sich Menschen trotzdem auf  
diese  
752 Routen begeben, zeigt, wie groß das Leid, die Gefahr und die Perspektivlosigkeit in  
vielen  
753 Weltregionen sind.

754 Asylrechtsverschärfungen bekämpfen keine Ursachen von Migration. Die Politik der EU  
und  
755 ihrer Mitglieder muss sich ihrer globalen Verantwortung stellen und auch dazu  
beitragen,  
756 Menschen in ihren Heimatregionen ein sicheres und friedliches Leben zu ermöglichen.  
Mit dem  
757 Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie strukturbildender Übergangshilfe in  
758 Krisenregionen können wir Menschen ihrer akuten Notlagen unterstützen. So tragen  
wir dazu  
759 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf  
Augenhöhe,  
760 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der  
761 Lebensperspektiven beitragen. Gleichzeitig darf sich Europa, insbesondere angesichts  
vieler  
762 Krisen und Katastrophen nicht abschotten, sondern muss einen gerechten Teil der  
763 Verantwortung für die Aufnahme von Schutzsuchenden übernehmen. Wir treten für  
einen  
764 rechtsstaatlichen und menschlichen Umgang mit Schutzsuchenden in Europa ein.

### 765 **Fach- und Arbeitskräfte willkommen heißen**

766 Europa steht vor einem demografischen Wandel mit einer rasch alternden Bevölkerung  
und sucht  
767 händeringend nach Fach- und Arbeitskräften. Um unsere Zukunft zu sichern, müssen

wir im  
768 weltweiten Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte attraktiver werden und  
Einwanderung modern  
769 gestalten. Dabei ist uns wichtig, dass die Interessen der Herkunftsländer mitbedacht  
werden,  
770 denn auch dort werden Fachkräfte gebraucht. Statt bürokratischer und langwieriger  
Verfahren  
771 wollen wir die Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung von Menschen mit verschiedenen  
772 Qualifikationsniveaus mit EU-weiten gemeinsamen Rahmenregelungen fördern. Hierzu  
zählt, die  
773 Anerkennung von Bildungsabschlüssen aus Drittstaaten einheitlich und unbürokratisch  
zu  
774 gestalten

775 Um qualifizierte Fachkräfte anzuwerben, wollen wir den EU-Talentpool weiter  
ausbauen. Dafür  
776 braucht es in den europäischen Botschaften mehr Personal und eine  
Digitalisierungsoffensive,  
777 damit Anträge schnell und auch digital gestellt werden können. Eine aktive  
Willkommenskultur  
778 macht uns auch als Wirtschaftsstandort attraktiv. Dafür müssen wir Rassismus und  
Ausgrenzung  
779 entgegentreten. Wir wollen zielgenaue Integrationsmöglichkeiten für die  
unterschiedlichen  
780 Formen der Migration in ganz Europa schaffen. Um Angebote für eine gute und  
schnelle  
781 Integration vor Ort zu unterstützen, wollen wir den Asyl-, Migrations- und  
Integrationsfonds  
782 (AMIF) stärken. So können sich Kommunen auf die Aufnahme von Fachkräften und  
ihren Familien  
783 vorbereiten. Darüber hinaus müssen die Rechte der hier dauerhaft lebenden  
784 Drittstaatsangehörigen geschützt und bewahrt werden. Deshalb unterstützen wir eine  
785 Verbesserung der Daueraufenthaltsrichtlinie in diese Richtung. Wir wollen freiwillige  
786 zirkuläre Migration fördern und zukünftige Fachkräfte auch in Europa ausbilden.

787 Wir wollen alle Arbeitskräfte gegen Ausbeutung schützen – auch Menschen ohne  
Papiere. Faire  
788 Arbeitsbedingungen dürfen nicht von der Herkunft abhängen. Dazu wollen wir  
mehrsprachige und  
789 niedrigschwellige Beschwerde- und Beratungsstrukturen ausbauen, sowie  
gewerkschaftliche  
790 Strukturen stärken, damit sich alle Arbeiter\*innen an sie wenden können.

### 791 **Gemeinsame Asylpolitik angehen**

792 Wir kämpfen für eine EU, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert  
sowie die  
793 humanitären und völkerrechtlichen Verpflichtungen, wie die UN-Flüchtlingskonvention,  
794 einhält. Von diesem Ziel sind wir momentan weit entfernt. Vielerorts werden auch an  
Europas  
795 Grenzen und in EU-Staaten Menschenrechte von Geflüchteten verletzt, die  
Missachtung von EU-

796 Recht ist in der Asylpolitik Alltag geworden. Das hat nicht für Ordnung und Struktur,  
797 sondern für mehr Chaos und Leid gesorgt. Das Dublin-System ist ungerecht und wird  
den  
798 aktuellen Herausforderungen nicht gerecht.

799 Eine langfristige, geordnete und faire gemeinsame EU-Asylpolitik ist nötig, um die  
800 menschenunwürdigen und chaotischen Verhältnisse zu beenden. Reformen allein  
reichen dabei  
801 nicht aus, geltendes EU-Recht muss auch durchgesetzt werden. Wir setzen uns  
dagegen ein,  
802 dass das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu einem Programm zum  
Abbau von  
803 Flüchtlingsrechten wird. Spielräume für Verbesserungen wollen wir nutzen. Mit einer  
fairen  
804 und verbindlichen Verteilung von Schutzsuchenden stärken wir die Solidarität  
zwischen den  
805 Mitgliedstaaten. Abschottung und Grenzzäune schaffen Chaos und Leid,  
rechtsstaatliche  
806 Verfahren, gute Integrationsangebote und menschenwürdige Bedingungen sorgen für  
Humanität  
807 und Ordnung.

808 Gerade Staaten mit europäischen Außengrenzen sind auf eine geordnete Verteilung  
und  
809 Unterstützung der EU sowie auf Solidarität beim rechtsstaatlichen Grenzmanagement  
810 angewiesen. Unser Ziel ist ein verbindlicher Verteilmechanismus von  
Schutzsuchenden. Auf dem  
811 Weg dorthin soll ein dauerhafter, verlässlicher und verbindlicher  
Solidaritätsmechanismus  
812 die Verteilung maßgeblich verbessern.

813 Um die gemeinsamen Herausforderungen zu bewältigen, müssen sich alle  
Mitgliedstaaten  
814 einbringen – ob durch die Aufnahme von Schutzsuchenden oder durch finanzielle  
Unterstützung  
815 für die Aufnahme von Geflüchteten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind  
dabei keine  
816 Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete aufnehmen,  
müssen gestärkt  
817 und finanziell entlastet werden.

818 Viele Kommunen in der EU sind bereit, beherzt anzupacken und Verantwortung zu  
übernehmen.

819 Diese Anstrengungen begrüßen wir und setzen uns für die Unterstützungen gerade  
jener  
820 Kommunen ein, die diese nicht durch ihre nationalen Regierungen erfahren. Die  
Möglichkeit  
821 des direkteren Zugangs von Kommunen und Hilfsorganisationen zum Asyl-, Migrations-  
und  
822 Integrationsfonds (AMIF), möchten wir ausbauen. Bei der Integration kann europäische  
Vernetzung und Austausch zwischen den Kommunen helfen. Das sieht man etwa an  
der  
823 erfolgreichen Gründung von grenzüberschreitenden Netzwerken von Kommunen.

825 Wenn es um die Verteilung Geflüchteter auf der europäischen Ebene geht, möchten  
wir die  
826 Ressourcen der Länder und Kommunen über einen Matching-Mechanismus mit den  
Bedürfnissen der  
827 Geflüchteten in Einklang bringen. Dabei sollen etwa Familienbezüge, Sprachkenntnisse  
oder  
828 Berufsabschlüsse berücksichtigt werden.  
829 EU-Staaten, die durch die Anwendung der Massenzustromrichtlinie überproportional  
aufnehmen,  
830 müssen hierfür von anderen Staaten eine faire finanzielle Unterstützung erhalten, so  
wie es  
831 in der Richtlinie vorgesehen ist. Wir setzen uns gegen das sogenannte Screening  
innerhalb  
832 des Hoheitsgebiets ein. Eine Registrierung von Minderjährigen darf nicht zur  
Verletzung der  
833 Kinderrechte führen.

834 Die Massenzustromrichtlinie war ein gutes Werkzeug im Umgang mit der Millionen  
Geflüchteten  
835 aus der Ukraine. Wir wollen die Erfahrungen dieses unbürokratischen und  
pragmatischen  
836 Umgangs genau analysieren und daraus Vorschläge für die Asylpolitik entwickeln.  
837 Es ist nicht hinnehmbar, dass einzelne Mitgliedsstaaten Geflüchtete so schlecht  
behandeln,  
838 dass Gerichte ihr Verbleiben dort für unzumutbar halten. Jeder Mensch hat ein  
Grundrecht auf  
839 Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums. Die Aufnahmerichtlinie  
sichert  
840 Schutzsuchenden in jedem Mitgliedsstaat existenzsichernde und menschenwürdige  
Bedingungen  
841 zu, rechtsstaatliche Standards müssen in der gesamten EU sichergestellt sein.  
Deswegen  
842 setzen wir uns dafür ein, dass die EU-Kommission und der Rat die zur Verfügung  
stehenden  
843 Instrumente nutzen, um die Missachtung von EU-Recht und die Kriminalisierung von  
humanitärer  
844 Hilfe zu stoppen. Dazu gehört auch, EU-Gelder einzufrieren, wenn nationale  
Regierungen  
845 systematisch EU-Recht brechen. Die EU-Asylagentur soll die Mitgliedstaaten  
insbesondere bei  
846 den Asylverfahren unterstützen und hierbei eine zügige Bearbeitung von Asylanträgen  
unter  
847 Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards sicherstellen. Sie kann dazu beitragen,  
848 Überlastung zu verhindern.

#### 849 **Humanität und Ordnung an den Außengrenzen sicherstellen**

850 Die EU ist ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Das Recht auf  
Freizügigkeit  
851 bzw. der Abbau von Grenzen innerhalb Europas war und ist eine der größten  
Errungenschaften

852 für das Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft. Deshalb lehnen wir  
853 dauerhafte und  
stationäre Binnengrenzkontrollen ab.

854 Selbstverständlich muss die EU ihre Außengrenzen kontrollieren - dabei geht es nicht  
855 nur um  
Migration. Denn für die Freiheit und Sicherheit im Inneren müssen wir auch wissen,  
856 wer nach  
Europa kommt. Dass rechtsstaatliche Kontrollen oder eine zuverlässige Registrierung  
857 an den  
Außengrenzen nichts mit rechtswidriger Abschottung gegen Asylsuchende zu tun  
858 haben, sehen  
wir an der Fluchtbewegung aus der Ukraine. Millionen von Menschen werden  
859 zuverlässig  
kontrolliert, konnten aber Schutz in der EU finden. Doch leider treffen viele andere  
860 Asylsuchende an EU-Grenzen nicht auf rechtsstaatliche Kontrollen, sondern auf  
Unrecht und  
861 Gewalt

862 Die Glaubwürdigkeit der europäischen Werte und damit auch der Einfluss europäischer  
Politik  
863 nach außen setzt die Achtung von Recht und Werten im eigenen Handeln voraus. Mit  
dieser  
864 Erkenntnis ist es schwer vereinbar, dass das europäische Versprechen von Humanität  
und  
865 Rechtsstaatlichkeit für Tausende jährlich an Stacheldraht und Patrouillenbooten  
zerschellt.  
866 Wir stellen uns Verletzungen von Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und  
Menschenrechten  
867 ebenso entgegen wie dem rechtswidrigen Zurückdrängen von Geflüchteten.

868 Menschen, die bei uns in Europa Schutz suchen, müssen zuverlässig registriert,  
erstversorgt  
869 und menschenwürdig untergebracht werden. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das  
870 Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall. Der Asylantrag von  
Menschen, die in  
871 der EU ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden.  
872 Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weitere große Haftlager wie Moria an  
den  
873 Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden  
verletzen. Der  
874 Entrechtung von Menschen, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden,  
stellen  
875 wir uns entgegen.

876 Trotz der völker- und europarechtlich verbrieften Prinzipien erleben wir an Europas  
877 Außengrenzen immer wieder systematische Rechtsbrüche. Menschen sind  
Misshandlungen  
878 ausgesetzt, ihnen wird der Zugang zum Asylverfahren verweigert oder sie werden in  
Seenot  
879 ihrem Schicksal überlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass illegale Pushbacks rechtlich  
und  
880 politisch konsequent geahndet und sanktioniert werden. Wir wollen außerdem die EU-

881 Grundrechteagentur stärken sowie das staatliche und zivilgesellschaftliche  
882 Menschenrechtsmonitoring weiter ausbauen. Dabei soll ein unabhängiges Monitoring  
mit  
883 Ermittlungsbefugnissen an den Außengrenzen ermöglicht werden. Hilfs- und  
884 Menschenrechtsorganisationen sowie Anwält\*innen benötigen jederzeit Zugang zu den  
885 Geflüchteten und den Grenzregionen. Die freie Berichterstattung durch  
Journalist\*innen muss  
886 gewährleistet werden. Kooperationen der EU mit Drittstaaten müssen immer auf der  
Basis von  
887 Grund- und Menschenrechten erfolgen. Die Zusammenarbeit mit der libyschen  
Küstenwache wollen  
888 wir endlich beenden.

889 Grenzkontrollen an den Außengrenzen sind eine EU-Gemeinschaftsaufgabe, die  
zunehmend von  
890 europäischen Beamt\*innen übernommen werden sollte. Deswegen wollen wir Frontex  
891 rechtsstaatlich weiterentwickeln. Dazu gehört, dass Frontex sich nicht an  
892 menschenrechtswidrigen Einsätzen beteiligen darf und solche Einsätze konsequent  
und zeitnah  
893 beenden muss, so wie es in der Frontex-Verordnung vorgesehen ist. Gleichzeitig bedarf  
es  
894 einer engmaschigen parlamentarischen Kontrolle von Frontex-Einsätzen. Wir setzen  
uns dafür  
895 ein, dass Frontex nicht nur vom Europaparlament, sondern auch von nationalen  
Parlamenten  
896 besser überwacht wird. Dazu gehört auch der Zugriff auf Einsatzberichte. Es muss  
einfacher  
897 werden, Frontex für Rechtsverstöße zur Rechenschaft zu ziehen, wie beispielsweise  
durch eine  
898 eigene Haftungsgrundlage.

899 Wir stehen entschlossen an der Seite der vielen Engagierten, die Geflüchtete  
versorgen und  
900 beraten. Dass Flüchtlingshilfe in vielen Staaten erschwert oder gar unter Strafe  
gestellt  
901 wird, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Unterstützung  
902 Geflüchteter nicht behindert, sondern ermöglicht wird. Wir wollen sicherstellen, dass  
NGOs  
903 und Anwält\*innen ungehindert Zugang zu ihnen haben, um ihrem humanitären  
Engagement  
904 nachzugehen. Die Bedarfe von besonders schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen,  
queeren  
905 Menschen, Kindern oder Menschen mit Behinderungen müssen wir dabei besonders in  
den Blick  
906 nehmen. Dazu gehören eine sichere Unterbringung sowie geschulte  
Beratungsstrukturen und  
907 Dolmetschende. Ehrenamtliche Beratungsstrukturen leisten insbesondere für  
vulnerable Gruppen  
908 wichtige Arbeit. Sie wollen wir unter anderem auch durch staatliche und professionelle  
909 Unterstützung stärken.



910 Millionen Kinder fliehen allein oder mit ihren Eltern vor Kriegen, Gewalt, Hunger oder  
911 politischer Verfolgung. Sie müssen wir besser vor kriminellen Strukturen schützen.  
Kinder  
912 müssen kindergerecht untergebracht und versorgt werden, dies gilt in Deutschland  
ebenso wie  
913 an den Europäischen Außengrenzen für alle Kinder. Die UN-Kinderrechtskonvention gilt  
914 uneingeschränkt auch für geflüchtete Kinder, egal, wo sie sich befinden. Menschen  
dürfen  
915 nicht einfach inhaftiert werden, nur weil sie Asyl beantragen. Familien mit Kindern  
sollten  
916 grundsätzlich nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur  
917 Durchführung von Grenzverfahren verpflichtet werden.

### 918 **Migrationsabkommen, Spurwechsel und sichere Rückführungen**

919 Alle Menschen, die in Europa Schutz suchen, haben ein Recht auf faire und  
rechtsstaatliche  
920 Asylverfahren. Wir fordern, dass sie dabei Zugang zu unabhängigen Asylberatungen  
haben, um  
921 ihre Rechte zu kennen und durchzusetzen. Der Rechtsweg gegen ablehnende  
Entscheidungen muss  
922 immer offen stehen.

923 Gleichzeitig wissen wir, dass nicht alle Asylverfahren zu einer Aufenthaltserlaubnis  
führen.  
924 Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen  
sowie  
925 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig  
wieder  
926 ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen. Rückführungen  
sind immer  
927 mit besonderen menschlichen Härten verbunden. Wir wollen, dass die freiwillige  
Rückkehr  
928 Vorrang vor zwangsweisen Rückführungsmaßnahmen hat. Deshalb setzen wir uns für  
eine  
929 europaweite, ergebnisoffene und unabhängige Rückkehrberatung ein.

930 Klar ist auch, dass Menschen nicht in Staaten abgeschoben werden dürfen, bei denen  
931 menschenrechtliche oder völkerrechtliche Gründe entgegenstehen. Eine Rückführung  
darf nur in  
932 Länder erfolgen, zu denen die betroffene Person eine klare Verbindung hat. Dabei  
muss  
933 sichergestellt sein, dass diese Staaten rechtsstaatliche Prinzipien im Umgang mit  
934 Geflüchteten respektieren. Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin  
935 falsch. Der Abschluss von Migrationsabkommen mit Herkunfts- und Transitstaaten  
muss  
936 menschenrechtsbasiert, die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Staaten  
partnerschaftlich und  
937 auf Augenhöhe erfolgen. Sie darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen der  
938 Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden und soll auch der  
Bekämpfung von

939 Fluchtursachen dienen. Die Abkommen sollen der Bevölkerung Perspektiven geben  
und keine  
940 autokratischen Regime stärken. Nur durch umfassende Abkommen kann die Akzeptanz  
für die  
941 Vereinbarungen, Rückführungen und geordnete und sichere Migration geschaffen  
werden.

942 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir nicht richtig, denn es löst keine  
943 Probleme. Was hilft, ist: Ausländerbehörden vernünftig ausstatten, alle Asylverfahren  
944 beschleunigen und die Qualität der Entscheidungen verbessern. Länder, die ihren  
945 Staatsbürger\*innen eine sichere Rückkehr garantieren, sollen zum Beispiel über  
946 Visaerleichterungen oder Ausbildungspartnerschaften eine Aussicht auf geordnete  
Migration  
947 erhalten. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung  
ihrer  
948 Strafe prioritär zurückgeführt werden.

949 Viele Geflüchtete leben bereits lange in Europa, teils mit hier geborenen Kindern,  
bringen  
950 sich ein und stehen in Beschäftigungsverhältnissen. Wir wollen ihnen eine bessere  
951 Perspektive geben. Denn es ist nicht zumutbar, dass Menschen trotz tiefer  
Verwurzelung in  
952 die europäische Gesellschaft täglich Sorge vor einer Abschiebung haben müssen. Im  
Gegenteil:  
953 die Integrationsleistung und die Arbeit dieser Menschen wollen wir anerkennen. Wir  
setzen  
954 uns deshalb für einen Spurwechsel ins europäische Einwanderungssystem ein.

### 955 **Menschen in Seenot retten**

956 Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.  
Als EU ist  
957 es unsere Verpflichtung, die Augen vor diesem unerträglichen Zustand nicht zu  
verschließen.  
958 Kein Mensch sollte für das Recht, um Asyl zu ersuchen, das eigene Leben oder das der  
Familie  
959 und Kinder riskieren müssen. Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass das Mittelmeer  
die  
960 tödlichste Fluchtroute der Welt bleibt

961 Das Völkerrecht verpflichtet uns dazu, Menschen in Seenot zu retten. Es braucht  
endlich eine  
962 europäische Initiative für eine staatlich koordinierte und finanzierte Seenotrettung.  
963

964 Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Organisationen, unter anderem  
965 finanziell, verbessern. Der erfolgte Einstieg Deutschlands in die finanzielle  
Unterstützung  
966 privater Seenotrettungs-NGOs ist hier ein wichtiger Schritt. Wir wollen weiterhin auch  
967 andere EU-Staaten ermutigen, aktiv die Seenotrettung zu unterstützen. Wir stehen an  
der  
968 Seite der Seenotretter\*innen, die Menschenleben retten.

969

970 Alle Mitgliedstaaten der EU sind dafür verantwortlich, zu gewährleisten, dass  
971 Seenotrettungsorganisationen ihre Einsätze gefahrlos absolvieren können. Die  
972 Seenotrettungsschiffe dürfen nicht durch Behörden in ihrer Arbeit behindert und  
973 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Die EU-Kommission sollte der  
Kriminalisierung von  
974 Hilfsorganisationen entschieden entgegenzutreten. Rettungsschiffe müssen die  
Gelegenheit  
975 haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen anzulaufen, damit die Menschen an Land  
gehen und  
976 versorgt werden können. Ein Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und  
977 Seenotrettung nicht kriminalisiert werden. Um Menschenleben zu retten, treten wir für  
die  
978 Verbesserung der staatlichen, unter anderem finanziellen, Unterstützung ziviler  
979 Organisationen ein. Eine Ausschiffung in Ländern darf nicht erfolgen, wenn Geretteten  
dort  
980 eine unrechtmäßige Behandlung droht. Das Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und  
überall.

### 981 **Sichere Fluchtwege schaffen**

982 Wir wollen sichere Fluchtwege schaffen, denn so schützen wir Menschenleben und  
legen  
983 Schlepperbanden und Menschenhandel das Handwerk. Damit schützen wir auch  
vulnerable Gruppen,  
984 die momentan kaum Fluchtmöglichkeiten haben.

985 Wir setzen dafür auf partnerschaftliche und menschenrechtsbasierte  
Migrationsabkommen mit  
986 Staaten außerhalb der EU.

987  
988 Wir setzen uns dafür ein, das Resettlement-Programm des Flüchtlingshilfswerks  
UNHCR deutlich  
989 auszubauen und zu stärken. So können durch die Vereinten Nationen (UN) anerkannte  
und  
990 besonders schutzbedürftige Geflüchtete geordnet und solidarisch auf die  
Aufnahmeländer  
991 verteilt werden. Wir wollen, dass sich der Anteil nach der Wirtschaftskraft der Staaten  
992 bemisst. Das EU-Resettlement muss sich dabei an den UNHCR-Kriterien orientieren  
und darf das  
993 individuelle Recht auf Asyl nicht schwächen.

994 Mit der Erteilung von humanitären Visa wollen wir sicherstellen, dass Schutzsuchende  
Europa  
995 erreichen können, ohne ihr Leben zu gefährden. Als EU müssen wir in besonderem  
Maße unserer  
996 Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften gerecht werden. Wir wollen auch  
Menschen  
997 unterstützen, die durch ihr Engagement für Demokratie, Frauen- oder Menschenrechte  
besonders  
998 gefährdet sind. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Aufnahmeprogramme gestärkt  
werden.  
999 Afghanischen Frauen, die in Drittstaaten geflohen sind und denen seit der

Machtübernahme der  
1000 Taliban ein Studium in ihrem Heimatland untersagt ist, wollen wir mit einem  
europäischen  
1001 Stipendienprogramm ermöglichen, ihr Studium fortzusetzen. Solche Programme wollen  
wir auch  
1002 für andere Kriegs- und Krisengebiete vorantreiben, um Antworten auf die  
zunehmenden Gefahren  
1003 für Wissenschaftler\*innen und Studierende weltweit zu geben. Uns ist dabei wichtig  
den  
1004 Menschen in Gefahr, unabhängig ihrer Staatsbürgerschaft, zu helfen, zum Beispiel mit  
1005 europäischen Stipendienprogramme für Studierende in Gefahr.  
1006  
1007 Wir treten dafür ein, dass Geflüchtete ihre Angehörigen nachholen können. Familien  
gehören  
1008 zusammen. Gleichzeitig unterstützen stabile Lebensverhältnisse die Integration.

## 1009 **6. Ein vereintes Vorgehen gegen Kriminalität**

### 1010 **Polizeiliche Zusammenarbeit stärken**

1011 Ein starker Raum der Freiheit und Freizügigkeit braucht handlungsfähige Institutionen,  
die  
1012 Recht und Demokratie schützen, und er braucht Menschen, die oft unter großem  
persönlichen  
1013 Einsatz diesen Auftrag erfüllen. Kriminalität findet grenzüberschreitend statt und  
1014 verursacht enorme Schäden – sie bedroht die individuelle Sicherheit aller Menschen,  
unsere  
1015 Lebensqualität, unseren Wohlstand. Die EU muss darauf antworten: Die zunehmende  
Vernetzung  
1016 unserer Gesellschaft und Wirtschaft muss sich auch in der Zusammenarbeit unserer  
1017 Sicherheitsbehörden widerspiegeln. Moderne und effektive Polizei- und Justizarbeit  
muss in  
1018 einem vereinten Europa grenzüberschreitend stattfinden, schnelle Informationsflüsse  
1019 gewährleisten, sowie im Einklang mit Freiheits- und Bürger\*innen-Rechten stehen und  
nach  
1020 rechtsstaatlichen Standards operieren. Wir setzen auf wirksame Prävention,  
1021 Erfahrungsaustausch und gemeinsame Strafverfolgung.  
1022 Die europäische Polizeibehörde Europol wollen wir dafür ausbauen. Europol soll eigene  
1023 operative Möglichkeiten für die Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter  
Kriminalität  
1024 (OK) bekommen. Das Europol-Informationssystem (EIS) entwickeln wir weiter, um den  
1025 Datenaustausch zu verbessern. Erfahrungen aus Polizei-IT-Projekten der  
Mitgliedsstaaten  
1026 sowie die Rolle der Justiz lassen wir hierbei einfließen. Die Aufsicht von Europol durch  
das  
1027 Europäische Parlament wollen wir stärken, um Transparenz sicherzustellen.  
Perspektivisch  
1028 wollen wir ein Europäisches Kriminalamt aufbauen. Das heißt, dass die derzeit  
weitgehend

1029 befugnisfreie europäische Polizeibehörde Europol zu einer europäischen Polizei nach  
dem  
1030 Vorbild des Bundeskriminalamts mit eigenen Ermittlungsteams ausgebaut wird. Neben  
dem Ausbau  
1031 von Europol sind Austausch und Vernetzung der europäischen Polizei ein Schlüssel  
zum Erfolg:  
1032 Die polizeiliche Zusammenarbeit fördern wir durch den Ausbau gemeinsamer Joint-  
1033 Investigation-Teams, die in enger Zusammenarbeit Ermittlungen durchführen. Für  
erfolgreiche  
1034 Kriminalitätsbekämpfung werden die besten Köpfe benötigt. Deshalb wollen wir, dass  
Europol  
1035 und Eurojust auch Expert\*innen einstellen können, die nicht aus den Polizei- oder  
1036 Justizbehörden der Mitgliedsländer abgeordnet werden. Gemeinsame Zentren der  
Polizei in  
1037 Grenzregionen bauen wir auf Ebene der EU aus.

1038 In Praxis und Theorie wollen wir die europäische Polizeiarbeit auf Grundlage von  
1039 Rechtsstaatlichkeit und Wissenschaft stärken. Dafür fördern und entwickeln  
1040 Austauschprogramme für Polizist\*innen weiter u. a. auch über das Programm  
ERASMUS+. Wir  
1041 stärken die Kooperation und Forschung an Polizeihochschulen und Universitäten und  
fördern so  
1042 eine wissenschaftsbasierte Kriminalpolitik. Auch Drittstaaten wollen wir hierbei  
1043 einbeziehen, insbesondere mit Blick auf die gemeinsame Bekämpfung der  
Organisierten  
1044 Kriminalität und Finanzkriminalität.

#### 1045 **Organisierte Kriminalität bekämpfen**

1046 Organisierte Kriminalität (OK) schädigt Menschen europaweit. Sie kostet  
Steuerzahler\*innen  
1047 und Unternehmen Milliardenbeträge. Sie kann Demokratie und Rechtsstaat  
unterwandern.  
1048 Beispiele hierfür sind die Mordanschläge auf investigative Journalist\*innen, die  
1049 Unterwanderung legaler Wirtschaftsbereiche oder die politische Einflussnahme durch  
1050 Korruption. Damit schädigt die OK insbesondere wirtschaftlich schwache Regionen in  
Europa  
1051 und hindert deren Entwicklung. Wir wollen entschlossen und gemeinsam gegen  
Organisationen  
1052 der OK vorgehen. Gruppierungen wie die Mafia nehmen wir dabei besonders in den  
Blick. Dafür  
1053 stärken wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Justiz.  
Die  
1054 europäischen Gesetze zur Bekämpfung der OK wollen wir harmonisieren.

1055 Die organisierte Wirtschaftskriminalität betrachten wir stärker, schützen so auch  
1056 Verbraucher\*innen vor Betrug und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb. Den Kampf  
gegen die  
1057 unterschiedlichen Formen des Menschenhandels wollen wir konsequent führen und  
den Opfern  
1058 besonderen Schutz zukommen lassen. Ein Schwerpunkt für uns ist die Bekämpfung der

1059 Umweltkriminalität und Agromafia: Die illegale Entsorgung von Müll, der illegale  
1060 Holzeinschlag oder der Handel mit fragwürdig erzeugten Lebensmitteln verursachen  
enorme  
1061 Schäden für Mensch und Umwelt. Den Handel mit illegalen Drogen werden wir  
eindämmen und  
1062 nehmen hierfür die gesamte Produktions- und Handelskette in den Blick. Wir fördern  
1063 bereichsübergreifende Ermittlungen, um besser gegen Überschneidungen der OK und  
anderen  
1064 Kriminalitätsfelder, wie zum Beispiel Cybercrime oder Terrorismus, vorzugehen. Ein  
1065 nachhaltiges Vorgehen gegen kriminelle Aktivitäten kann nur in Zusammenarbeit mit  
der  
1066 Zivilgesellschaft gelingen und muss auf Prävention setzen. Daher werden wir  
1067 zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen, die sich gegen die OK engagieren  
oder  
1068 Ausstiegsprogramme für Mitglieder krimineller Organisationen anbieten.

### 1069 **Menschenhandel umfassend bekämpfen**

1070 Menschenhandel in all seinen Formen ist ein grenzüberschreitendes Verbrechen und  
eine  
1071 Menschenrechtsverletzung. Jährlich werden enorme Gewinne durch kriminelle Gruppen  
erzielt.  
1072 Trotz bestehender EU-Gesetzgebung und völkerrechtlicher Verpflichtungen der EU-  
1073 Mitgliedsstaaten wird die Mehrzahl der Fälle von Menschenhandel bis heute nicht  
effektiv  
1074 aufgeklärt bzw. strafrechtlich verfolgt. Die Formen des Menschenhandels sind  
vielseitig. Die  
1075 häufigste Form ist die zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Betroffen sind vor allem  
Frauen  
1076 und Mädchen. Eine weitere Form ist die der Arbeitsausbeutung und Zwangsarbeit.  
Dabei werden  
1077 Arbeitsschutzstandards massiv unterlaufen und die Menschen in ausbeuterische  
1078 Arbeitsverhältnisse gezwungen. Ihre Lebensumstände sind katastrophal. Auch die  
Ausbeutung  
1079 für kriminelle oder erniedrigende Tätigkeiten oder gar die illegale Organentnahme  
gehören  
1080 zum Menschenhandel.

1081 Opfer von Menschenhandel brauchen Schutz, sie müssen in ihren Rechten gestärkt  
werden, und  
1082 Sie brauchen Hilfe, auch bei der Bewältigung erlittener Traumata. Minderjährige  
Betroffene  
1083 brauchen dabei besondere Aufmerksamkeit und Schutz. Wir wollen den Zugang zu  
Informationen  
1084 über Opferrechte stärken und die Durchsetzung fördern sowie eine gute Koordination  
zwischen  
1085 den Mitgliedstaaten, öffentlichen Verwaltungen und den Justizbehörden sicherstellen.  
Dabei  
1086 muss der Opferschutz im Zentrum des Handelns stehen. Betroffene wollen wir durch  
1087 unabhängige, dauerhafte Bleiberechte und Schutzprogramme nachhaltig schützen.  
1088

1089 Die EU-Organe sollen auf die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-  
Menschenhandelsrichtlinie in  
1090 den Mitgliedsstaaten hinwirken und sie dabei bestmöglich unterstützen. Die  
Mitgliedsstaaten  
1091 sind gefordert, eigene Aktionspläne zur effektiven Bekämpfung von Menschenhandel  
zu  
1092 entwerfen und umzusetzen, um so in Zukunft zu einer besseren Identifizierung der  
Opfer und  
1093 Täter\*innen sowie zu einer verbesserten Datenlage beizutragen.

1094 Wir schmieden Allianzen zwischen Fachberatungsstellen, zivilgesellschaftlichen  
1095 Organisationen und der Wirtschaft. Wir setzen uns für Schulungen des Personals ein,  
das mit  
1096 Opfern von Menschenhandel in Berührung kommt oder dabei helfen kann, Täter\*innen  
zu  
1097 identifizieren. Schließlich stärken wir eine entschlossene, grenzüberschreitende  
1098 Zusammenarbeit der zuständigen Strafverfolgungs- und Ermittlungsbehörden, um  
gegen den  
1099 Menschenhandel vorzugehen und kriminelle Netzwerke zu zerschlagen.

#### 1100 **Gegen Geldwäsche vorgehen**

1101 Geldwäsche und Finanzkriminalität verursachen hohe finanzielle Schäden für Staat  
und  
1102 Gesellschaft. Allein in Deutschland werden schätzungsweise rund 100 Milliarden Euro  
jährlich  
1103 „gewaschen“. Der Skandal um die Wirecard AG hat viele Tausende von  
Kleinanleger\*innen  
1104 geschädigt. Wir wollen entschieden gegen Geldwäsche und Finanzkriminalität  
vorgehen. Auch  
1105 den organisierten Steuer- oder Subventionsbetrug werden wir ins Visier nehmen.  
1106 Finanzermittlungen bieten häufig erste Ermittlungsansätze und können helfen,  
kriminellen  
1107 Gruppen die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Daher wollen wir Instrumente stärken,  
um  
1108 insbesondere Finanzströme besser nachzuvollziehen sowie Geldwäsche und  
Vermögensverschiebung  
1109 aufzuspüren. Für uns ist klar: Kriminalität darf sich nicht lohnen!

1110 Die neue europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wollen wir zu einer  
schlagkräftigen  
1111 Institution im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung entwickeln. Wir  
drängen  
1112 darauf, dass alle EU-Mitgliedstaaten nun ohne Verzug europäische und internationale  
1113 Standards zur Bekämpfung der Geldwäsche national umsetzen. Beim Aufbau der AMLA  
arbeiten wir  
1114 auch eng mit dem Privatsektor zusammen, um beispielsweise den Handel mit  
Kryptowährungen zu  
1115 beleuchten und Maßnahmen zu ergreifen. Zusätzlich soll der automatische Austausch  
von  
1116 Steuerinformationen intensiviert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass international  
auf

1117 Ebene der G7/G20 ein Anti-Geldwäsche-Aktionsplan vorangetrieben wird. Wir setzen  
1118 uns für ein  
1119 europäisches Vermögensregister ein. Behörden sollten europaweit die wirtschaftlichen  
1120 Eigentümer von Vermögensgegenständen einsehen dürfen, die von Kriminellen  
1121 regelmäßig für  
1122 Geldwäsche missbraucht werden.  
1123 Schlupflöcher und Umgehungsmöglichkeiten der Transparenzregister, die zur  
1124 Bekämpfung von  
1125 Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung dienen, werden wir weiter einschränken. Der  
1126 Zugang zu  
1127 den Transparenzregistern soll für die Zivilgesellschaft, Journalist\*innen, Forscher\*innen  
1128 und andere Gruppen mit berechtigtem Interesse einfach, kostenfrei und anonym  
1129 möglich sein.  
1130 Immobilien müssen wirksam vor Spekulationen durch illegales Geld geschützt werden.  
1131 So  
1132 schützen wir auch Mieter\*innen. Dafür werden wir die Transparenzvorschriften und  
1133 Kontrollen  
1134 beim Immobilienerwerb verbessern.  
1135 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Strafverfolgungsbehörden und  
1136 Instrumente im  
1137 Bereich Vermögensabschöpfung wollen wir verbessern. Vermögen unklarer Herkunft in  
1138 Zusammenhang mit kriminellen Aktivitäten muss einfacher eingezogen werden  
1139 können. Für  
1140 Bargeld werden wir EU-weit gültige Höchstgrenzen festlegen, um den Transfer von  
1141 inkriminierten Finanzmitteln zu erschweren. Das Europäische Amt für  
1142 Betrugsbekämpfung OLAF  
1143 werden wir personell und finanziell stärken, damit es wirksam gegen Betrugs- oder  
1144 Korruptionsstraftaten, zum Beispiel die Veruntreuung von europäischen Fördergeldern,  
1145 vorgehen kann.

### 1136 **Terrorismus stoppen**

1137 Terroristische Anschläge oder Gewalttaten, derzeit hauptsächlich islamistisch und  
1138 rechtsextrem motiviert, erzeugen unermessliches menschliches Leid. Sie sind eine  
1139 Gefahr für  
1140 die öffentliche Sicherheit. In den letzten Jahren hat die grenzüberschreitende  
1141 Vernetzung  
1142 von gewaltbereiten Gruppen und Akteur\*innen zugenommen. Die EU kann und muss  
1143 hier einen  
1144 wirkungsvollen Beitrag zum Schutz leisten. Eine konsequente und gut abgestimmte  
1145 polizeiliche  
1146 wie nachrichtendienstliche europaweite Zusammenarbeit mit einheitlichen  
1147 rechtsstaatlichen  
1148 Standards und Definitionen ist notwendig, um gegen Terror vorzugehen. Wir wollen  
1149 hierfür die  
1150 Stelle des Anti-Terror-Koordinators bzw. der Anti-Terror-Koordinatorin der EU aufwerten  
1151 und  
1152 die Mitgliedstaaten zu mehr Austausch und Kooperation verpflichten.



1146 Gute Präventionsarbeit ist das beste Mittel, damit Menschen nicht in die politische  
1147 Gewaltszene und den Terrorismus abrutschen. Dafür brauchen wir den europaweiten  
1148 Erfahrungsaustausch demokratischer Kräfte, den wir finanziell fördern wollen. Dazu  
zählt die  
1149 Bildungsarbeit an Schulen oder Jugendeinrichtungen. Programme zur  
Deradikalisierung oder  
1150 Angebote für Aussteiger\*innen aus der islamistischen oder rechtsextremen Szene  
wollen wir  
1151 EU-weit etablieren. Die Entwicklung anderer und neuer Extremismusformen, wie  
beispielsweise  
1152 die verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, beobachten wir genau.  
1153 Erkenntnisse aus Forschung und Wissenschaft lassen wir hierbei einfließen.  
1154 Onlineplattformen, Online-Gaming und Messenger spielen eine wichtige Rolle bei der  
1155 Verbreitung von Terrorpropaganda. Wir wollen, dass Anbieter solcher Dienste  
entschiedener  
1156 dagegen vorgehen und entsprechende Inhalte löschen.

1157 Durch eine entschiedene Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung wollen wir dem  
Terror die  
1158 operative Grundlage entziehen. Wir richten den Blick darauf, wo sich terroristische und  
1159 kriminelle Strukturen überschneiden. So unterbinden wir den Zugang zu  
Schwarzmärkten und  
1160 legen wichtige Finanzquellen trocken oder erschweren Zugang zu Waffen. Wir setzen  
uns für  
1161 gemeinsame Standards und einen intensiven Austausch bei der Verfolgung von  
Terrorist\*innen  
1162 ein.

1163 Bei der Beobachtung potenzieller Gewalttäter\*innen braucht es ein europaweit  
einheitliches  
1164 Vorgehen, damit die Sicherheitsbehörden nicht aus administrativen Gründen ihre Spur  
1165 verlieren. Den Begriff des „Gefährders“ wollen wir deshalb EU-weit einheitlich  
definieren,  
1166 um eine grenzüberschreitende Fallbearbeitung sicherzustellen.

1167 Schwere Gewalttaten und Terroranschläge haben in der Vergangenheit immer wieder  
gezeigt,  
1168 dass Schusswaffen oder Ausgangsstoffe für Explosivstoffe zu leicht verfügbar sind. Wir  
1169 wollen die Verfügbarkeit von illegalen Schusswaffen einschränken und den  
Schwarzmarkt  
1170 austrocknen. Für sogenannte Anscheinswaffen, beispielsweise Sammlerstücke, wollen  
wir  
1171 wirksame europäische Standards einführen, damit eine Reaktivierung der Waffen nicht  
mehr  
1172 möglich ist. Waffen und relevante Waffenteile müssen lückenlos registriert werden. Wir  
1173 setzen uns für gemeinsame und strenge Standards für die Zuverlässigkeitsprüfung für  
1174 Waffenbesitzer\*innen ein. Den Missbrauch von Ausgangsstoffen von Explosivstoffen  
wollen wir  
1175 durch ein strenges Monitoring unterbinden.

---

**1176 Nachrichtendienste effektiv aufstellen**

1177 Grenzüberschreitender Terrorismus, rechtswidrige Aktivitäten ausländischer  
Geheimdienste,  
1178 Wirtschaftsspionage oder Desinformationskampagnen bedrohen unsere liberale und  
offene  
1179 Gesellschaft. Besonders autoritäre Staaten wie China, Russland oder Iran, aber auch  
1180 kriminelle Gruppierungen nehmen dabei die gesamte EU in den Blick. Teilweise  
koordinieren  
1181 sie ihre Vorgehen in den verschiedenen Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür sind die  
massiven  
1182 Verbreitungen von Falschnachrichten - auch zur Beeinflussung von Wahlen, Angriffe  
auf  
1183 Oppositionelle auf EU-Territorium oder auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS).  
Dem  
1184 müssen wir uns in der EU gemeinsam und entschlossen entgegenstellen. Die  
Nachrichtendienste  
1185 spielen dabei eine wichtige Rolle und sind Teil einer wehrhaften Demokratie.

1186 Wir fordern effektive und rechtsstaatliche Nachrichtendienste, mit denen wir die  
Sicherheit  
1187 der EU besser gewährleisten können. Bislang wird ihre Arbeit oft dadurch behindert,  
dass  
1188 Informationen und Erkenntnisse nicht ausreichend in den bereits bestehenden  
europäischen  
1189 Strukturen geteilt werden können. Deshalb wollen wir für eine bessere  
Zusammenarbeit der  
1190 europäischen Nachrichtendienste eine europäische Nachrichtendienstagentur (ENA)  
gründen, die  
1191 die bereits bestehenden sowohl zivilen als auch militärischen europäischen  
1192 nachrichtendienstlichen Strukturen auf klarer rechtsstaatlicher Basis weiterentwickelt.

1193 Sie soll in den Mitgliedstaaten gesammeltes Wissen, unter Einhaltung strenger  
rechtlicher  
1194 Vorgaben, zusammenführen, um die europäische Analysefähigkeit zu stärken. So  
können  
1195 strategische und langfristige sicherheitspolitische Einschätzungen abgegeben werden.  
Es  
1196 braucht starke, effektive und demokratisch legitimierte und rechtsstaatliche  
Mechanismen zur  
1197 Kontrolle der Agentur, die wir unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments  
erarbeiten  
1198 wollen.

1199 Wir wollen bei der Entwicklung europäischer IT-Lösungen im Bereich der  
Nachrichtendienste  
1200 stärker zusammenarbeiten, um so auch hier die digitale Souveränität zu sichern. Wir  
setzen  
1201 uns dafür ein, dass nachrichtendienstliche Befugnisse europaweit auf klaren  
Rechtsgrundlagen  
1202 stehen, angemessen begrenzt und in allen Mitgliedstaaten unter eine starke  
parlamentarische

1203 Kontrolle gestellt werden. Nachrichtendienstliche Tätigkeiten und Instrumente müssen  
1204 evaluiert werden und im Einklang mit Bürger\*innenrechten stehen. Einen  
rechtswidrigen  
1205 Ringtausch von fragwürdig erlangten Daten unter den Nachrichtendiensten lehnen wir  
ab.  
1206 Darüber hinaus setzen wir uns für eine bessere Vernetzung und Kooperation der  
1207 mitgliedstaatlichen Aufsichtsbehörden auf der europäischen Ebene ein.

### 1208 **Gemeinsame Strafverfolgung ausbauen**

1209 Eine effiziente und gemeinsame Verfolgung von Straftaten braucht einen einheitlichen  
1210 europäischen Rechtsrahmen – das gilt für das gesamte Spektrum, von der  
Organisierten  
1211 Kriminalität bis hin zu Hasskriminalität. Dafür wollen wir insbesondere das Strafrecht  
1212 weiter harmonisieren. Hasskriminalität wollen wir in die Liste der EU-Straftaten  
aufnehmen,  
1213 damit sie europaweit verfolgt werden kann. Dazu braucht es auch ein einheitliches  
1214 europaweites Monitoring und regelmäßige Dunkelfeld- und Viktimisierungsstudien.  
1215 Um Recht in Europa durchzusetzen, wollen wir die europäischen Strukturen stärken:  
Die  
1216 Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen  
(Eurojust)  
1217 wollen wir personell und finanziell besser ausstatten und die Europäische  
Staatsanwaltschaft  
1218 (EUSTa) ausbauen. Sie soll zukünftig auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten im  
Bereich  
1219 von Terrorismus und OK zuständig sein. Grenzüberschreitende Strafverfahren wollen  
wir  
1220 vereinfachen und in einem Land bündeln, damit sie gemeinsam durchgeführt werden  
können.  
1221 Durch die Digitalisierung des grenzüberschreitenden elektronischen Rechtsverkehrs  
unter  
1222 Wahrung der IT-Sicherheit und des Datenschutzes schaffen wir eine schnellere und  
1223 effizientere Zusammenarbeit der Justiz in Europa. Es ist unser aller Auftrag, Kinder vor  
1224 sexualisierter Gewalt zu schützen. Notwendig dafür sind Strukturreformen genauso  
wie  
1225 Investitionen in Präventionsarbeit sowie mehr Personal in Beratungsstellen und bei der  
1226 Polizei. Statt Überwachung aller privaten Chat- und Messenger-Nachrichten  
(„Chatkontrolle“)  
1227 setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.  
1228 Im Zentrum stehen die Rechte der Bürger\*innen: Wir treten für einen effektiven  
Rechtsschutz  
1229 von Beschuldigten und Verteidiger\*innen ein. Hinweisgeber\*innen, Zeug\*innen und  
1230 investigative Journalist\*innen spielen eine herausragende Rolle bei der Aufklärung von  
1231 Straftaten und Rechtsverstößen. Wir wollen sie deshalb besser schützen. Dafür  
schlagen wir  
1232 ein EU-Netz vor, das europaweit einen wirksamen Schutz für Menschen bietet, die bei  
der  
1233 Aufdeckung und Verfolgung von Straftaten mitwirken. All das soll Menschen dabei

1234 unterstützen, bei der Aufklärung von Verbrechen sicher mit der Justiz  
zusammenzuarbeiten.  
1235 Das wollen wir nutzen. Aussagen von Kronzeug\*innen sollen künftig eine größere Rolle  
bei der  
1236 grenzüberschreitenden Strafverfolgung spielen.

### 1237 **Die Bevölkerung schützen**

1238 Naturkatastrophen, schwere Unglücke oder humanitäre Notlagen: Außerordentliche  
1239 Notsituationen können das Leben Tausender Menschen auf den Kopf stellen und  
gigantische  
1240 Umweltschäden nach sich ziehen. Ebenso können Angriffe auf unsere Kritische  
Infrastruktur  
1241 unabsehbare Auswirkungen haben. Sie sind die Lebensadern unserer modernen  
Gesellschaft. Sie  
1242 versorgen uns mit Energie oder Informationen. Einzelne Mitgliedstaaten sind mit  
Bedrohungen  
1243 dieses Ausmaßes schnell überfordert. Die EU kann durch eigene Ressourcen und  
Koordination  
1244 praktisch helfen – und so Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent schützen.  
Wir  
1245 wollen den physischen und digitalen Schutz von KRITIS verbessern und  
zusammendenken. Dabei  
1246 nehmen wir transnationale Netze stärker in den Blick. Ein verbindliches IT-  
1247 Schwachstellenmanagement führen wir ein, um Attacken auf digitale Systeme zu  
verhindern.  
1248 Durch die Klimakrise drohen Extremwetterereignisse mit ihren teilweise unabsehbaren  
Folgen  
1249 weiter zuzunehmen. Eine Stärkung des europäischen Bevölkerungsschutzes kann  
dabei helfen,  
1250 Schäden zu reduzieren. Wir wollen das europäische Katastrophenschutzverfahren  
weiter stärken  
1251 und mit eigenen europäischen Fähigkeiten ausstatten. Dafür wollen wir zunächst eine  
echte  
1252 europäische Löschflugzeugstaffel aufstellen und in die rescEU-Reserve einbinden. Um  
die  
1253 Bevölkerung und insbesondere vulnerable Gruppen besser vor extremen Hitzewellen  
zu schützen,  
1254 wollen wir die Mitgliedstaaten dabei unterstützen, gemeinsame Hitzeschutzkonzepte  
zu  
1255 entwickeln. Europa braucht zudem bessere Vorbereitung auf transnationale  
Katastrophen.  
1256 Deswegen wollen wir gemeinsame Pläne zur Risikovorsorge und -bewältigung auf den  
Weg bringen  
1257 und über alle Planungsprozesse hinweg mitdenken. Den gesundheitlichen  
Bevölkerungsschutz und  
1258 zum Beispiel Kapazitäten zur Hilfe bei Erdbeben oder anderen Großschadenslagen  
wollen wir  
1259 ausbauen.

---

## 1260 **7. Digitale Bürgerrechte**

### 1261 **Menschenrechte in einer digitalen Welt sichern**

1262 Die schnell fortschreitende Digitalisierung hat einen enormen Einfluss auf die Art, wie  
wir  
1263 zusammen leben. Deswegen entwickeln wir auf der Grundlage unserer Werte eine  
1264 Menschenrechtspolitik für das digitale Zeitalter. Wir wollen die EU dabei als Vorbild und  
1265 Partnerin für Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in einer globalisierten digitalen  
Welt  
1266 stärken. Dazu müssen wir bei der Gestaltung der digitalen Dimension die Rechte der  
Menschen  
1267 immer mitdenken. Menschen haben das Recht, selbstbestimmt zu leben und weder  
von KI noch  
1268 anderen Technologien vereinnahmt zu werden.

1269 Wir treten dafür ein, dass der digitale Raum stärker unsere vielfältige Gesellschaft  
1270 abbildet und bestehende Diskriminierung nicht in den digitalen Raum übertragen wird.  
Wir  
1271 fördern das konsequente Vorgehen gegen Diskriminierung und eine aktive Beteiligung  
von  
1272 Frauen an den Gestaltungspositionen der Digitalisierung. Wir wollen den  
völkerrechtlichen  
1273 Rahmen für den digitalen Raum stärken und uns dabei an dem Leitbild eines freien,  
offenen,  
1274 globalen und sicheren Internet orientieren.

1275 Instrumente der Massenüberwachung lehnen wir daher ab. Dazu gehört etwa die  
anlasslose  
1276 Vorratsdatenspeicherung oder Chatkontrolle, biometrische Gesichtserkennung, die  
Überwachung  
1277 von Verhalten oder Emotionen. Besonders KI-gestützte Technologien zur Erkennung  
von  
1278 Emotionen oder die Zuschreibungen von teils höchst persönlichen Eigenschaften wie  
1279 Geschlecht, sexuelle Orientierung, politische oder gewerkschaftliche Zugehörigkeit  
lehnen  
1280 wir auch aufgrund der möglichen Auswirkungen auf bereits marginalisierte Gruppen  
ab. Die  
1281 Forschung und der Einsatz besonders von Emotionserkennung zur Unterstützung im  
medizinischen  
1282 und sozialen Bereich sollen davon aber nicht betroffen sein. Das Recht auf digitale  
1283 Privatsphäre, auf eine sichere Kommunikation und Ende-zu-Ende-Verschlüsselung wol-  
len wir  
1284 stärken und ausbauen. Die anonyme Nutzung des Internets wollen wir schützen.  
Besonderes  
1285 Augenmerk soll dabei auf die einfache Verwendung durch Nutzer\*innen gelegt werden.  
Sie ist  
1286 gerade für eine freie Presseberichterstattung oder für die Arbeit von oppositionellen  
1287 Kräften in autoritären Ländern von entscheidender Bedeutung.

1288 Der anlasslosen Verarbeitung von umfassenden Fluggastdaten und der Ausweitung  
entsprechender  
1289 Systeme auf andere Sektoren treten wir klar entgegen. Auch in der EU wird Spyware  
1290 eingesetzt, die tief in die Privatsphäre eindringt. Den Einsatz von Spyware wollen wir  
1291 strenger regulieren und die parlamentarische Kontrolle stärken. Gegen eine  
missbräuchliche  
1292 Nutzung, zum Beispiel zur Überwachung von Journalist\*innen oder Staatsanwält\*innen,  
muss  
1293 stärker vorgegangen werden.

1294 Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, die digitalen Dienste voll zu nutzen. Auch  
wenn  
1295 die Digitalisierung in schnellen Schritten voranschreitet, setzen wir uns dafür ein, dass  
1296 Dienstleistungen, die für die für eine Teilhabe in der Gesellschaft notwendig sind, wie  
zum  
1297 Beispiel die von Ärzt\*innen, Behörden, Banken oder des ÖPNV auch ohne zusätzliche  
Kosten  
1298 analog zugänglich bleiben.

### 1299 **Gegen Hass und Desinformation im Netz vorgehen**

1300 Der Zugang zu verlässlichen Informationen und Nachrichten ist eine Voraussetzung  
der  
1301 Demokratie. Soziale Medien und andere moderne Kommunikationsplattformen  
erlauben es heute,  
1302 dass Informationen und Nachrichten auf unterschiedlichste Weise aufbereitet und  
diskutiert  
1303 werden können.

1304 Durch Propagandakampagnen wird die demokratische Meinungsbildung gefährdet.  
Wahlen und  
1305 andere  
1306 Meinungsbildungsprozesse sowie das Vertrauen in unsere demokratischen  
Institutionen sollen  
1307 bewusst mit Mitteln der Desinformation beeinflusst werden. Dem stellen wir uns  
1308 beispielsweise mit  
1309 Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz oder einer Förderung von  
Faktencheck-Plattformen  
1310 entschieden entgegen. Wir wollen eine mögliche Aufnahme von systematischer  
Desinformation in  
1311 den Katalog der EU-Straftaten prüfen. Wir treten außerdem dafür ein, dass Sanktionen  
gegen  
1312 Propagandaplattformen, die gezielt Desinformationen verbreiten, etwa Russia Today,  
1313 konsequent durchgesetzt werden. Wir wollen, dass regelmäßig und europaweit  
Lagebilder zu  
1314 Desinformationen erstellt werden, um die Grundlage für eine effektive Bekämpfung zu  
1315 schaffen.

1316 Hass, Hetze und Desinformation greifen gezielt die offene Debatte an diesen Orten an.  
Mit  
1317 offenem Frauenhass wird versucht, Frauen aus dem digitalen Raum zu drängen. Die  
Instrumente

1318 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen sowie von Hass und Hetze müssen  
1319 konsequent angewendet  
1320 werden. Gegen die Veröffentlichung von Nacktbildern ohne Zustimmung von  
1321 Betroffenen muss  
1322 stärker vorgegangen werden. Algorithmen und Targeting dominanter  
1323 Digitalplattformen tragen  
1324 dazu einen wesentlichen Beitrag, indem sie Hassnachrichten und Desinformation  
1325 verstärkt  
1326 verbreiten. In der Folge ziehen sich von Hassrede betroffene Personen häufig zurück  
1327 oder  
1328 schränken ihre Meinungsäußerung ein – zum Schaden der demokratischen Debatte.  
1329 Die algorithmische Verstärkung von Hass und Hetze nehmen wir ins Visier. Hassrede  
1330 muss  
1331 konsequent gelöscht und verbreitende Accounts müssen gesperrt werden. Wir setzen  
1332 uns für  
1333 schnell und einfache Verfahren ein. Mit dem Digitale-Dienste-Gesetz und dem Digitale-  
1334 Märkte-  
1335 Gesetz haben wir in Europa die Grundsteine gelegt, um mit Nutzer\*innen-Rechten,  
1336 Transparenz  
1337 und klaren Regeln Hassrede entgegenzutreten, ein demokratischeres Internet zu  
1338 schaffen und  
1339 Wettbewerb wiederherzustellen. Diese Regeln gilt es, jetzt in Deutschland und Europa  
1340 konsequent durchzusetzen und weiterzuentwickeln. Hass und Desinformation dürfen  
1341 sich als  
1342 Geschäftsmodell nicht lohnen. Wir wollen Maßnahmen prüfen, um solche  
1343 Geschäftsmodelle  
1344 trocken zulegen, etwa durch die Abschöpfung der hierdurch erzielten Erträge.  
1345 Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen von Hass und Hetze betroffene Personen  
1346 einfacher bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen können. Dafür wollen wir  
1347 auch eine  
1348 europaweite Opferberatung und niedrigschwellige Hilfsangebote etablieren.  
1349 Zivilgesellschaftliche Organisationen sollen Betroffene in Verfahren vertreten oder bei  
1350 Fällen von Volksverhetzung auf eigene Initiative tätig werden dürfen.  
1351 Die Einrichtung von Spezialdienststellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften in den  
1352 Mitgliedstaaten wollen wir unterstützen. Die konsequente Durchsetzung des  
1353 Strafrechts kann  
1354 auch durch die rechtlich gesicherte automatisierte Erkennung von strafrechtlich  
1355 relevantem  
1356 Material, zum Beispiel Hassposts, unterstützt werden, das anschließend von den  
1357 Ermittlungsbehörden überprüft wird. Europol soll gegen europaweit agierende  
1358 Netzwerke  
1359 vorgehen, die gezielt Hass und Hetze im Netz verbreiten.  
1360 Gleichzeitig können auch klassische Medien bei der Verbreitung von Desinformation  
1361 eine  
1362 wichtige Rolle spielen, wenn sie zum Beispiel Informationen ohne Überprüfung aus den  
1363 sozialen Medien übernehmen oder gar selbst aktiv bei der Verbreitung von  
1364 Falschinformationen  
1365 mitwirken. Die Verbreitung von hochwertigen gefälschten Videos, sogenannten

Deepfakes, oder  
1348 durch KI manipulierten Bildern lässt Desinformationen noch glaubwürdiger erscheinen  
und ist  
1349 für viele Menschen nur schwer erkennbar. Daher haben wir im Rahmen des KI-  
Gesetzes  
1350 erfolgreich die adäquate Kennzeichnung der Deepfakes verankert. Ein wichtiger  
Baustein der  
1351 Bekämpfung von Desinformationen in einer Demokratie liegt in der Stärkung der  
1352 Informationskompetenz, damit Menschen besser Desinformationen erkennen können.  
1353 Sogenannte Social Bots, die automatisch Inhalte in sozialen Medien verbreiten,  
müssen  
1354 entsprechend gekennzeichnet und somit unterscheidbar von menschlichen  
Nutzer\*innen werden.

### 1355 **Europas IT schützen**

1356 Wenn unsere digitale Infrastruktur eine immer wichtigere Rolle für unser  
Zusammenleben  
1357 spielt, kommt ihrem Schutz eine große Bedeutung bei. Der beste Schutz vor  
Cybercrime aber  
1358 liegt in der Prävention und in der Resilienz digitaler Systeme. Wir sorgen für eine  
1359 konsequente Etablierung von hohen IT-Sicherheitsanforderungen in digitalen  
Produkten,  
1360 Diensten und Prozessen. Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der aktualisierten  
EU-  
1361 Richtlinie zur Cybersicherheit ein, um ein EU-weites Sicherheitsniveau zu etablieren.  
Um die  
1362 Sicherheit von IT-Produkten für Verbraucher\*innen transparent zu machen und das IT-  
1363 Sicherheitsniveau im privaten Bereich zu erhöhen, wollen wir die Einführung eines IT-  
1364 Sicherheitskennzeichens auf europäischer Ebene prüfen. Wir wollen die europäische  
Kooperation  
1365 im Bereich der Cybersicherheit deutlich stärken und setzen uns für eine gemeinsame,  
1366 europäische Sicherheitsarchitektur ein. Die Agentur der Europäischen Union für  
1367 Cybersicherheit, die Arbeit des europäischen Information Sharing and Analysis Center  
(ICAC)  
1368 sowie das außenpolitische Instrument der „Cyber Diplomacy Toolbox“ entwickeln wir  
hierfür  
1369 weiter.  
1370 Der Cyberraum wird zunehmend Schauplatz von Kriegen und Konflikten. Das sehen wir  
1371 eindringlich in der Ukraine, wo die militärische Aggression Russlands von  
Cyberoperationen  
1372 begleitet wird. Auch Cyberattacken etwa auf digitale Wahl- und Verwaltungssysteme  
sind eine  
1373 Bedrohung für unsere Demokratie und Sicherheit. Wir setzen uns für einen norm- und  
1374 regelbasierten Cyberraum ein, der von Diplomatie und internationaler  
Zusammenarbeit geprägt  
1375 ist. Gleichzeitig geht Cybersicherheit mit digitaler Souveränität einher. Hier wollen wir  
1376 Kompetenzen in der EU ausbauen.



1377 Wir wollen in Europa die rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen für sichere  
1378 „Digitale Botschaften“ schaffen. Damit sollen staatliche und öffentlich relevante Datenbanken  
1379 und technische Infrastrukturen in anderen europäischen Mitgliedstaaten gesichert  
1380 vorgehalten werden können, um auch in Krisen- und Kriegssituationen die Arbeitsfähigkeit und den  
1381 Zugang zu Daten, zum Beispiel von Parlamenten, der öffentlichen Verwaltung, der Justiz oder  
1382 den Sozialversicherungen, zu ermöglichen.

1383 Das hohe Tempo der Digitalisierung und die Zunahme digitaler Dienstleistungen haben  
1384 auch zu einer Verlagerung von Straftaten ins Netz geführt. Darauf muss die Strafverfolgung  
1385 reagieren, besonders auf europäischer Ebene, denn Cybercrime kennt ebenso wie das  
1386 Internet keine Grenzen. Dafür stärken wir die Rolle von Europol bei der Bekämpfung von  
1387 Kriminalität im Netz. Auch die europaweite polizeiliche Zusammenarbeit zur Erkennung und  
1388 Bekämpfung stärken wir. So gehen wir auch entschieden gegen die Verbreitung von sexualisierten  
1389 Gewaltdarstellungen von Kindern und Jugendlichen im Netz vor, indem wir die  
1390 Ermittlungsbehörden personell, technisch und verfahrensrechtlich stärken. Hierzu  
1391 wollen wir auch die Möglichkeit von automatisierten Anwendungen zur Ermittlungsunterstützung  
1392 nutzen. Wir wollen mit gezielten Kampagnen die Bürger\*innen für Betrugsdelikte  
1393 sensibilisieren, die im Internet begangen werden.